



TUNNEL LICHT BLICKE

Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger
des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Berlin

FES Projekt
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS

Impressum

ISBN: 978-3-86498-289-7

Herausgegeben von

Dr. Ralf Melzer
für die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Forum Berlin/Politischer Dialog
Projekt „Gegen Rechtsextremismus“
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Redaktionelle Betreuung

Barbara Engels
Gregor Landwehr
Sebastian Serafin

Fotos

istockphoto.com: Trevor Hunt (Titel), Linda Kloosterhof S. 3,
Silvia Jansen S. 9, Eldad Carin S. 30, Jamie Evans S. 37,
Claudia Dewald S. 43, Andrea Zanchi S. 46, kkg5 S. 53,
Tatiana Morozova S. 61; EXIT Deutschland S. 74,
Thüringer Beratungsdienst S. 92

Gestaltung

Meintrup, Grafik-Design

Druck

Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Die Broschüre ist entstanden im Projekt „Internationale Vernetzung der ausstiegsorientierten Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ im Rahmen des XENOS – Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ und wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds.

Copyright 2012 by Friedrich-Ebert-Stiftung,
Projekt „Gegen Rechtsextremismus“, Forum Berlin



01	VORWORT	6
02	EINLEITUNG	8
03	EINLEITUNG ZUR BROSCHÜRE	10
04 01	DEFINITION Präventionsarbeit	17
04 02	FALLBEISPIEL Szenenwechsel	18
04 02	PROJEKTBESCHREIBUNG Der Verein „Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e.V.“ und das „Kreisdiakonische Werk Greifswald – Ostvorpommern“	22
04 03	FALLBEISPIEL Vom NS-Sympathisanten zum Gartenbauer	26
04 03	PROJEKTBESCHREIBUNG „Raus aus der Einbahnstraße“ – publicata e.V	29
04 04	FALLBEISPIEL Konkret und emotional: Zu Besuch in Auschwitz	32
04 04	PROJEKTBESCHREIBUNG Neue Lebenswege – Soziale Integration und Toleranz durch berufliche Mobilität	34
04 05	FALLBEISPIEL „Unsere Tochter schmiert Hakenkreuze an die Wände“	38
04 05	PROJEKTBESCHREIBUNG Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg	44
05 01	DEFINITION Sozialraumorientierte Ausstiegsarbeit	47
05 02	FALLBEISPIEL Marko findet seinen Weg	48
05 02	PROJEKTBESCHREIBUNG ISA – Integration statt Ausgrenzung vom Europazentrum Brandenburg-Berlin des eRFV e.V.	51
05 03	FALLBEISPIEL Wie Mark vom „rechten“ Pfad abkam	54
05 03	PROJEKTBESCHREIBUNG Projekt „JUMP!“ – Wage den Sprung“	59

05 04	FALLBEISPIEL	62
	Der Fall Martin C. – ein langer Umweg in der sozialraumorientierten Arbeit	
05 04	PROJEKTBESCHREIBUNG	64
	AIB e.V. – hercules pro	
06 01	DEFINITION	66
	Ausstieg aus dem Rechtsextremismus	
06 02	PROJEKTBESCHREIBUNG	68
	EXIT-Deutschland	
06 03	FALLBEISPIEL	78
	Neustart in Nordrhein-Westfalen	
06 03	PROJEKTBESCHREIBUNG	81
	„NinA“ – Neue Wege in Ausbildung und Arbeit für ausstiegswillige Jugendliche und junge Erwachsene aus der rechten Szene	
06 04	FALLBEISPIEL	82
	Svens Weg	
06 04	PROJEKTBESCHREIBUNG	86
	Projekt Rückwege – Unterstützung beim Weg zurück in die Gesellschaft	
06 05	FALLBEISPIEL	88
	„Ich habe denen doch nur einen Denkkzettel verpasst“	
	„Er kann eben nicht Nein sagen“	
06 05	PROJEKTBESCHREIBUNG	91
	Thüringer Beratungsdienst für Eltern, Kinder und Jugendliche – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt	
06 06	PROJEKTBESCHREIBUNG	94
	TIP – Teilnehmen, Integrieren, Partizipieren. Ausstieg durch berufliche Integration	
07	BERICHT DER EVALUATION	98
	Die Evaluation als Blick von außen	
08	KONTAKTDATEN	103

01 Liebe Leserinnen und Leser,

zwischen 2009 und 2013 werden aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ Projektaktivitäten der ausstiegsorientierten Arbeit gegen Rechtsextremismus gefördert. Es war der Wunsch der Projektträger, sich in Form einer gemeinsamen Broschüre einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Sie möchten sowohl das bisher Erreichte dokumentieren als auch die Schwierigkeiten und Herausforderungen ihrer täglichen Arbeit beschreiben. In der Publikation werden auf diese Weise die Ziele und Themenfelder der einzelnen Projektträger verdeutlicht und die arbeitsmarktpolitische Dimension des XENOS-Sonderprogramms beleuchtet.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) übernimmt im Verbund der beteiligten Projektträger, Initiativen und Institutionen die Rolle einer Schnittstelle für den bundesweiten und internationalen Austausch von Erfahrungen und Ergebnissen, die der Entwicklung von modellhaften Ansätzen für die arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit dienen. Diese Vernetzungsarbeit trägt durch die Bereitstellung interner und externer – auch internationaler – Expertise mittels Konferenzen, Workshops und Publikationen zur Förderung des Ausstiegs aus der rechtsextremen Szene und zur Schaffung eines Umfeldes bei, das den (Wieder-)Einstieg in Arbeitsmarkt und demokratische Zivilgesellschaft erleichtert. In diesem Zusammenhang stehen Publikationen wie der FES-Sammelband „Europa auf dem ‚rechten‘ Weg?“ (2011) oder die Berliner Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ (2012) für Wissenschaft und politische Bildungsarbeit, für besondere Zielgruppen wie Schüler/innen sowie natürlich für die interessierte Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung.

Auf den folgenden Seiten wird ein Bogen von der klassischen über die präventive bis hin zur sozialraumorientierten Ausstiegsarbeit gespannt und so die Vielfalt der am XENOS-Sonderprogramm beteiligten Projekte abgebildet. Der Dank des Teams der Friedrich-Ebert-Stiftung gilt dem BMAS und allen beteiligten Projektträgern für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit. Ebenso sei an dieser Stelle den Evaluatoren Sandra Popp und Dr. Tim

Grebe (Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung) sowie Kristina Nauditt und Gerd Wermerskirch (ARGO-Team) für ihre Programmbegleitung und Moderation gedankt.

Die vorliegende Broschüre ist Ausdruck eines erfolgreichen Vernetzungsprozesses. Sie zeigt die unterschiedlichen Ansätze der Projektträger, aber auch ihre gemeinsamen Ziele sowie das Potential, das Austausch, Kooperation und Vernetzung bieten. All dies muss auch über die Laufzeit des Sonderprogramms hinaus langfristig gesichert und ausgebaut werden, um nachhaltig positive Wirkungen in der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu erreichen.



Dr. Ralf Melzer

Leiter des Projekts „Gegen Rechtsextremismus“

Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung

02 Das XENOS-Programm „Ausstieg zum Einstieg“ ist ein Sonderprogramm des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ und Teil des Nationalen Aktionsplans Integration der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz. Das BMAS gibt mit dem Sonderprogramm neue Impulse zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Neu ist dabei die Verknüpfung von Ausstiegsarbeit mit der Verbesserung einer beruflichen Integration.

Das Sonderprogramm zielt auf Projekte, die ausstiegswilligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen besseren Zugang zu Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung ermöglichen sollen. Für junge Menschen, die sich bereits in einem Beschäftigungsverhältnis befinden und Kontakt zur rechten Szene haben, sollen Strategien für einen beruflichen Wechsel in andere Regionen entwickelt werden. Ziel ist ein geografischer, kultureller und beruflicher Perspektivenwechsel, so dass die Kontakte zum rechten Umfeld abgebrochen werden können. Bis zum Jahr 2014 werden 13 Projekte gefördert.

Ein weiterer Schwerpunkt des Sonderprogramms ist die Förderung des Erfahrungsaustauschs zwischen den Aussteigerinitiativen. Neben dem Austausch bundesweiter Ansätze, sollen auch transnationale Erfahrungen auf dem Gebiet der Aussteigerkonzepte in die deutsche Projektlandschaft getragen werden. Die Rolle dieser fachlichen Koordinierung übernimmt die Friedrich-Ebert-Stiftung als professioneller Partner auf dem Gebiet der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Eine wissenschaftliche Begleitung zur Heraushebung erfolgversprechender Ansätze wird von der GIB – Gesellschaft für Innovationforschung und Beratung mbH übernommen. Mit der vorliegenden Broschüre werden die verschiedenen im Sonderprogramm entwickelten Projektansätze vorgestellt und die Bedeutung des Zusammenwirkens staatlicher Stellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen hervorgehoben.



Wolfgang Husemann

Leiter der Gruppe Europäische Fonds für Beschäftigung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)



Diese Broschüre soll Einblicke in die vielfältige, konkrete Arbeit rund um den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene und den Einstieg in die demokratische Gesellschaft gewähren. Sie basiert auf der Arbeit des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg in den Einstieg“, das als erstes Programm explizit die Ausstiegsarbeit in der Bundesrepublik fördert. Die Akteure der am Programm beteiligten Projekte haben diese Publikation gemeinsam erarbeitet – von der Idee über das Gesamtkonzept bis hin zur Realisierung. Die Projekte werden vorgestellt, Fallbeispiele aus ihrer Arbeit werden geschildert. Diese Beiträge spiegeln den jeweiligen Projektstatus wider, der von den unterschiedlichen Entwicklungsgeschichten der Projekte und deren besonderem Umfeld bestimmt wird.

Dabei soll die Broschüre ein breiteres Publikum – und nicht nur Expert/innen – erreichen. Deswegen wird weitestgehend auf fachliche Wortungetüme verzichtet. Die Thematik, die Bedeutung der Ausstiegsarbeit und die Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Bewegung, hat mit der Aufarbeitung der Morde der „Zwickauer Zelle“ bzw. des „National-Sozialistischen Untergrunds“ auch die etablierte politische Mitte erreicht – die teils fassungs- und ratlos dem Handeln der involvierten Institutionen gegenübersteht. Im Rahmen der Projekte, die am XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg in den Einstieg“ beteiligt sind, wird versucht, konkrete Maßnahmen gegen die Bedrohung der Demokratie durch die rechtsextreme Bewegung zu entwerfen, indem neue Ideen realisiert oder bewährte Ansätze weiterentwickelt werden. Der besondere Nutzen des bewusst gestalteten und unterstützten Ausstiegs liegt in der Schwächung der rechtsextremen Organisationen aus ihrer Mitte heraus. Die Wirkung des Ausstiegs entfaltet sich innerhalb der Szene stärker als durch jeden anderen Impuls und trifft sozusagen ins Herz der Szene.

Vielfältige Projekte

Die in der Broschüre vorgestellten Projekte sind strukturell verschieden und geographisch weit verteilt. So wird ein Bogen vom Landesjugendamt Rheinland-Pfalz bis zum EZBB (Europa-Zentrum-Brandenburg-Berlin) in Pinnow (Uckermark) gespannt. Einige der Projekte gibt es schon viele Jahre, andere sind eher neu. EXIT-Deutschland existiert beispielsweise seit 12 Jahren. Die Erfahrungen in der Ausstiegsarbeit reichen bis zur Wende zurück. Auch ARUG in Braunschweig-Wolfsburg, das Landesjugendamt Rheinland Pfalz, und drudel 11 e.V. aus Jena haben zwar unterschiedliche aber langjährige Erfahrungshintergründe.

Die beteiligten Projekte sind die natürlichen Partner, wenn es um die zweite große Programmkomponente des XENOS-Sonderprogramms, nämlich die Arbeitsmarktintegration geht. Arbeitsmarktintegration ist bei allen Projekten der individuelle Stabilisierungsfaktor beim Ausstieg. Hilfe bei der Arbeitssuche, der beruflichen Umorientierung oder der Begleitung beim Einstieg ins Berufsleben sind selbstverständlicher Bestandteil der alltäglichen Arbeit.

Wegen des unterschiedlichen Erfahrungshintergrundes stellen alle Projekte ihre Praxis von unterschiedlichen Ausgangspunkten dar.

Vielfältige Sozialräume

Auch die soziale Umgebung der Projekte ist sehr verschieden. Das direkte und indirekte Umfeld mit den ihm eigenen Einflüssen reicht von Ballungsgebieten wie dem Ruhrgebiet, Berlin-Lichtenberg, Braunschweig, Potsdam und Umland bis hin zu den dünn besiedelten Dörfern Mecklenburgs und Vorpommerns, der Uckermark, oder der Oberlausitz.

Multiple inhaltliche Ansätze

Die Projekte bewegen sich inhaltlich auf drei verschiedenen Ebenen: auf der der Prävention, also der Ursachenbekämpfung, auf der der sozialräumlichen Intervention auf Gemeinwesenebene und schadensbegrenzend in der unmittelbaren Ausstiegsarbeit mit Individuen oder Gruppen. Der Rechtsextremismusforscher Professor Kurt Möller von der Hochschule Esslingen, der das Netzwerktreffen besuchte, listete eine große Anzahl von Erfolgsfaktoren für den individuellen Ausstieg aus der rechtsextremen Szene auf: Beispielsweise ist Irritation ein Ausstiegsmotiv. Diese Irritation entsteht von selbst, wenn der/die potentielle Aussteigende feststellt, dass die gewalttätige Praxis in der Gruppe nicht mehr zu den vorgegebenen Werten wie „Kameradschaft“ oder „Gemeinschaft“ passt. Eine andere Irritation ist der Einstieg ins Berufsleben – eigene berufliche Erfolgserlebnisse können stärker wirken als der Zusammenhalt der Szene. Irritationen entstehen aber auch durch die Gesellschaft und das (politische) Umfeld, in das die jeweilige rechtsextreme Bewegung eingebunden ist. Rechtsextreme, so unsere Beobachtung, halten sich gerne im Schatten der vermuteten Macht oder unterstellten rassistischen Mehrheitsmeinung auf. Wenn sich durch zivilgesellschaftliche Anstrengungen das politische Klima verändert und etablierte politische Institutionen wie der Bun-

destag, Kreistage und Stadträte gezwungen sind, öffentlich Position beziehen, fällt das Licht der Demokratie in diesen Schatten. Das stellt die rechtsextremistischen Annahmen und Anschauungen in Frage und führt zu weiteren Irritationen. Ein starkes Motiv für den Ausstieg, so wurde vielfach beobachtet, ist eine neue Partnerschaft außerhalb der Szene. Der Ausstieg ist auch dann ein langwieriger Prozess und wer sich auf eine Partnerschaft ausserhalb der Szene einlassen kann, hatte meistens vorher schon kleine Zweifel.

Manche rechtsextreme Personen brauchen schon sehr starke Anreize von außen, um Zweifel an der eigenen Position zu bekommen. Nach der Irritationsphase beginnt der Prozess der Loslösung. Das ist der eigentliche Interventionspunkt von Projekten der unmittelbaren Ausstiegsarbeit, wie beispielsweise EXIT-Deutschland, die diesen Prozess durch Begleitung, Beratung und Intervention unterstützen. Die Manifestationsphase, in der sich herausstellt, ob ein Ausstieg tatsächlich erfolgreich und nachhaltig war, tritt meist erst nach Projektende ein, denn die Projekte sind zwar langfristig angelegt, erhalten aber oft nur kurzfristige Förderungen.

Die Zielgruppe der Projekte ist keine klar umrissene, eindeutige Gruppe, denn die rechtsextreme Bewegung stimmt zwar überein im völkisch-rassistischen und damit gewalttätigen Gedankengut, aber ihre Ausformungen sind sehr unterschiedlich und individuell geprägt. Deswegen kann es kein einheitliches Rezept zum Ausstieg geben.

Herausforderungen und Hindernisse

Die Projektträger kämpfen oft gegen Hindernisse an, die die Ausstiegsarbeit erheblich erschweren. Ein politisches Klima wie in Sachsen, in dem nach den rassistischen Übergriffen in Mügeln die Behauptung der Rechtsextremen, es habe sich um indische Terroristen gehandelt, sich als Situationseinschätzung im sächsischen Verfassungsbericht wieder findet, trägt natürlich nicht zu einem weltoffenen politischen Klima bei.

Hinderlich sind auch strukturelle Barrieren. In einem Fall wollte eine junge Mutter aus der Szene aussteigen, was einen Umzug erforderte – und eventuell sogar eine neue Identität. Das Jugendamt aber sprach dem Vater, einem Kameradschaftsführer, das Besuchsrecht für sein Kind zu. Deshalb konnte die Frau nicht aussteigen, sondern musste sich langsam distanzieren, was

ihr nie ganz gelang. Die Debatte über die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Sicherheitsbehörden bei den NSU-Morden zeigt sich also auch im Kleinen bei vielen Einzelfällen. Es ist schwierig, wenn ein/e Aussteiger/in aus Sicherheitsgründen fernab untergebracht werden muss. Welches Landesamt bezahlt das? Wer stellt bestimmte Sicherheitsmaßnahmen bereit?

Ein anderes Szenario:

Ein/e Aussteiger/in wechselt notwendigerweise den Wohnort und muss den Job kündigen. Die Arbeitsagentur am neuen Wohnort verhängt eine Sperre, weil er/sie „grundlos“ gekündigt hat – den Hintergrund der Kündigung darf die Arbeitsagentur nicht prüfen.

Die notwendigen Absprachen zwischen den mit unterschiedlichen Kompetenzen ausgestatteten Akteuren (Staatsschutzkommissariate, Verfassungsschutz, Jugendämter, Sozialämter, Jobcenter und Justiz) über Bundeslandgrenzen hinweg verdeutlichen, wie viel Arbeit und Komplexität in einem einzigen Ausstieg stecken. Letztendlich gibt es nicht nur Motivatoren, sondern auch viele Demotivatoren in der Ausstiegsarbeit – dazu gehören auch individuelle Rückfälle.

Anforderungen für die Zukunft

Für zukünftige Ausstiegsarbeit gibt es einige Anforderungen zu beachten. So muss die Förderung längerfristig angelegt werden. Eine Projektfinanzierung, die auf drei Jahre oder vier Jahre anlegt, greift zu kurz, weil die Arbeit der Träger Jahre Vorlauf braucht und der Ausstiegsprozess generell lange dauert. Deshalb muss Ausstiegsarbeit in eine gesellschaftlich institutionelle Förderung überführt werden

Dass eine Institutionalisierung erfolgversprechend ist, zeigt die Entwicklung im Brandenburg der vergangenen zehn Jahre. Dort werden nicht nur zivilgesellschaftliche Bündnisse auf lokaler und auf Landesebene unterstützt. Auch die Gemeinwesenberatung durch Mobile Beratungsteams und die Opferberatung sind ein fester Bestandteil der sogenannten Strukturprojekte. Antirassistische Bildungsarbeit ist ebenfalls seit Jahren in Brandenburg als Querschnittsaufgabe durch die ehemaligen Regionalen Arbeitsstellen in Schulen und Bildungseinrichtungen angesiedelt. Das Landesprogramm „Tolerantes Brandenburg“ koordiniert die Arbeit auf Ministeriumsebene. Im Landes-

haushalt gibt es eine entsprechende Haushaltsposition, die die Arbeit gegen Rechtsextremismus verstetigt hat. Dazu kam in Brandenburg ein Wechsel hin zu einer neuen, jüngeren Politikergeneration, der den Prozess beschleunigt hat. Das war auch der Fall in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, die dem Beispiel Brandenburgs zögerlich gefolgt sind. Unterstützt wird die Arbeit gegen Rechtsextremismus auch modellhaft durch das Programm der Lokalen Aktionspläne des Bundesfamilienministeriums, das unter der rot-grünen Regierung eingeführt wurde und zur Zeit unter dem Namen „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ firmiert. Allerdings gibt es in diesem Zusammenhang der guten Praxis in keinem Bundesland eine Regelförderung für die Ausstiegsarbeit, dabei ist es eine der wirksamsten Strategien in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Szene.

Ausstiegsprojekte müssen aus der Bundes- und Landesebene heraus regelgefördert werden. Die zentrale Erkenntnis aus dem XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ ist es, jeden strategischen Ansatz in der Arbeit gegen Rechtsextremismus als sich gegenseitig unterstützend zu betrachten und nicht als Konkurrenz zu sehen.

Struktur der Broschüre – Prävention – Sozialräumlicher Ansatz – Ausstieg in den Einstieg

Die vorliegende Broschüre gliedert sich in drei große Teile, die die drei Ansätze der Ausstiegsarbeit im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms verdeutlichen. Dabei stehen für jeden Bereich Fallbeispiele von Einzelschicksalen im Vordergrund, bei denen deutlich wird, dass die Projektmitarbeiter/innen in einem Einzelfall mit vielfältigen Problemen konfrontiert sind, wie Drogensucht, Unverlässlichkeit, Arbeitslosigkeit, psychische Probleme, u.a.. f ist also umfassender, als auf den ersten Blick vermutet.

Der erste Teil widmet sich der präventiven Ausstiegsarbeit, wie sie beispielsweise in Marburg und Umgebung geleistet wird. Mit dem Hilferuf „Unsere Tochter schmiert Hakenkreuze an die Wände“ wandte sich ein Paar an die Elternberatung des Projektes „Rote Linie“, um ihre Tochter vor einem tieferen Einstieg in die Szene zu bewahren. Beim Projekt des Internationalen Bundes in Hirschfelde wird versucht, durch Fortbildungsangebote, z.B. Reisen nach Auschwitz, tiefere Einblicke in den Nationalsozialismus und seinen Terror zu bieten und auf diese Weise für die Auswirkungen rechtsextremer Aktivitäten zu sensibilisieren.

Im zweiten Teil der Broschüre geht es um Ansätze der sozialraumorientierten Ausstiegswarbeit. Beispielsweise wird bei derartigen Projekten versucht, Beratung in Wohngegenden anzubieten und so rechtsextreme Jugendliche und ihr Umfeld zu erreichen. Beim Projekt „hercules pro“ sollen Jugendliche bei verschiedenen Alltagsproblemen beraten werden, damit sie lernen, Krisensituationen auf anderer Weise zu begegnen.

Im dritten Teil der Broschüre wird die Ausstiegswarbeit behandelt, bei der die Gewaltbereitschaft der Ausstiegswilligen und eine Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Ideologie eine große Rolle spielt. Der/die potentielle Aussteiger/in ist bereits häufig straffällig geworden und kommt beispielsweise durch Zweifel an der eigenen Lebensführung und vorherige Kontakte in eine Beratungsstelle. Oft wenden sich auch Eltern an die Projektmitarbeiter/innen, weil sie feststellen, dass ihr Kind mehr als nur ein Mitläufer der Szene ist. Im Fallbeispiel des Projektes „Rückwege“ werden die Berater von dem Erziehungsbeistand auf einen rechtsextremen Jugendlichen aufmerksam gemacht. Dem Jugendlichen wird per Selbstbewusstseinstärkung und Wertschätzung geholfen, sich von der Szene zu distanzieren.

Abschließend stellt das begleitende Evaluationsteam seine bisherige Auswertung der Projekte des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ vor, verdeutlicht die Notwendigkeit der Vernetzung aller Akteure (Jobcenter, Polizei, Sozialarbeit, Ausstiegswarbeit etc.) untereinander und unterstreicht die Wichtigkeit des Angebots von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen für gelungene Ablösungsprozesse. Der wichtigste Erfolgsfaktor ist, so wird betont, die kontinuierliche Beratungstätigkeit über viele Jahre hinweg, da erfolgreiche Ausstiege langfristige Prozesse sind.

Entwicklungsphasen der Projekte und des Netzwerks – Unsere Rolle

Wir als begleitendes ARGO-Team, beauftragt von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) die Netzwerktreffen zu moderieren, haben den Dialog zwischen den Projektträgern organisiert. Erfolgreiche Netzwerkarbeit hängt vom Prozess der Vertrauensbildung untereinander ab. Auch bundesweite Netzwerke durchlaufen die klassischen Teamphasen von der Kennenlernphase über die Gärungs- und Klärungsphase bis hin zur Hochleistungsphase, die gekennzeichnet ist von Verantwortungsübernahme und Offenheit. Die Atmosphäre

konnten wir zusammen mit der FES ein wenig beeinflussen und taten unser Bestes, damit sich die Träger austauschen, über Ansätze und Inhalte konstruktiv diskutieren und durch Impulse von Außen, wie Vorträge und Diskussionen, Anregungen für die eigene Praxis mitnehmen konnten. „Es entwickelte sich eine spannende und produktive Plattform, die einen offenen, konkurrenzfreien Austausch zuließ. Ich bin in einigen Netzwerken, aber dieses hier macht richtig Spaß und es ist eines, von dem ich am meisten profitiere, dazu hat die Moderation einen sehr wichtigen Beitrag geleistet“ so ein Kommentar eines Netzwerkteilnehmers. Die vorliegende gemeinsame Broschüre ist für uns der Indikator, dass das Netzwerk gut funktioniert und leistungsfähig ist. Wir hoffen, dass wir die Projekte auch im nächsten Jahr bei ihrer Loslösungs- und Änderungsphase begleiten dürfen und dass es zu keiner Auflösungsphase, also zum Ende der Ausstiegsarbeit, kommt. Denn das große Risiko für die Zukunft ist, dass ein Förderstopp zu einem Beziehungsabbruch zu den Klienten und Klientinnen, sowie zu einen Verlust des Netzwerks und des Wissenstransfers innerhalb der Träger führt.

Kristina Nauditt und Gerd Wermerskirch

www.argo-team.de

Freiberufliche Moderatorinnen von Planungsprozessen, Teamsitzungen und Netzwerken in Organisationen und Gemeinwesen.

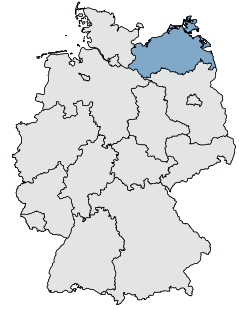
04|01 Präventionsarbeit

Präventionsarbeit bedeutet, vorausschauend die Entstehung gesellschaftlicher Probleme zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, noch bevor sie auftreten.

Rechtsextremismus keimt in jeder sozialen Schicht. Die Gründe dafür sind vielfältig: Mangelndes demokratisches Bewusstsein, soziale Isolation, Bildungsferne, Perspektivlosigkeit, aber auch verinnerlichter Sozialdarwinismus, Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die vermeintlich verlockende Erlebniswelt der Rechtsextremen, die angebliche Zuneigung sowie das angebotene Geborgenheitsgefühl in der rechten Gruppe sind Faktoren, die die rechtsextreme Szene attraktiv erscheinen lassen. .

Die Inhalte und Ziele der präventiven Arbeit entstehen auf der Grundlage von wissenschaftlichen Beobachtungen und Erkenntnissen. Präventionsarbeit wird aber vor allem auch von der Erfahrung und dem Taktgefühl der Agierenden getragen. Die Auseinandersetzung mit den spezifischen sozio-ökonomischen Gegebenheiten in den jeweiligen Regionen, Städten, Bezirken oder Wohnquartieren ist unabdingbar. Präventionsmaßnahmen müssen „maßgeschneidert“ sein. Sie entstehen in der Gegenwart und streben Veränderungen für die Zukunft an.

04|02 Szenenwechsel



Beispielhaft soll die Arbeits- und Wirkungsweise des Projektes an dem Weg des Teilnehmers Martin M. dargestellt werden.

Der 20jährige Martin hat in seiner Familie viele Bindungsverluste erleiden müssen. Seine wichtigste Bezugsperson war die Großmutter. Diese lebte bis zu ihrem Tod in einem baufälligen Haus, welches sie dem Enkel vererbte. Martin fühlt sich von seinen Eltern vernachlässigt – eine biographische Selbstreflektion, die er mit vielen anderen rechtsaffinen Jugendlichen teilt. Martin hat einen Hauptschulabschluss. Seine Ausbildung zum Zimmermann bricht er ab – u.a. wegen Lernmisserfolgen, fehlendem familiären Rückhalt, Unpünktlichkeit und Drogenmissbrauch. Er hat eine Rechtschreibschwäche und Probleme, sich auszudrücken. Dabei handelt es sich nach Einschätzung der Projektmitarbeiter/innen nicht um eine Lernbehinderung – vielmehr basieren die Rückstände auf einer fehlenden Begleitung und Förderung im Kindes- und Jugendalter.

Martin fühlt sich von seinem Ausbildungsbetrieb zeitlich zu stark gefordert. Hier liegen seiner Ansicht nach die Ursachen für sein Scheitern, da er prüfungsvorbereitende Unterrichtsstunden und Qualifikationen versäumte und demzufolge von der Teilnahme an der Abschlussprüfung ausgeschlossen wurde. Der Moment in dem sich für Martin die, bildlich gesprochen, „Hartz-IV-Drehtür“ öffnet. Der Dokumentation der Sozialagentur ist zu entnehmen, dass zum Ausbildungsabbruch eher mangelhafte Leistungen im schulischen Bereich und der unternehmerische Konkurs seines Ausbildungsbetriebes führten. Zunächst versuchte die Sozialagentur, Martin beim Ausbildungsabbruch zu unterstützen und ihn an alternative Ausbildungsunternehmen zu vermitteln – erfolglos.

Martin hat zu wenig Kenntnis vom Bildungssystem, um sich selbst zu helfen. Aufgrund fehlender persönlicher Voraussetzungen ist er nicht in der Lage, eigenständig einen weiterführenden Weg einzuschlagen.

Viele Nächte verbringt er im Suff oder zugehörnt. Die SGB II-Bezüge sind zu gering, um das ererbte, stark sanierungsbedürftige Haus der Großmutter instand zu setzen. Freunde nehmen Martin mit zu Demonstrationen der NPD. Mit seinen Bekannten diskutiert Martin mögliche Gründe und Ursachen seiner Misserfolge. Nicht nur die Eltern, auch die gesellschaftlichen Bedingungen, die Arbeitsagentur und Unternehmen würden sich nicht ausreichend um die Jugend kümmern, heißt es dort.

Martins Fallmanager unterbreitet ihm das Angebot, sechs Monate an dem Projekt „Szenenwechsel“ teilzunehmen. Im besten Fall könne Martin im Anschluss an das Projekt einen Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden. Sein Bemühen im Projekt will der Fallmanager honorieren. Er bietet Martin eine zusätzliche Einnahme an, indem er ihn als „Ein-Euro-Jobber“ einstuft. Wöchentlich würden Martin so bis zu 30 Euro mehr zur Verfügung stehen. Martin stimmt einer Teilnahme zu, nachdem er die Projektmitarbeiter/innen kennengelernt hat.

Er ist zurückhaltend und findet nur schwer Anschluss in der Gruppe. Zur Teamarbeit ist er kaum in der Lage. Die Projektmitarbeiter/innen erkennen aber schnell sein handwerkliches Geschick. Martin schafft es allerdings in den ersten Monaten nicht, über einen längeren Zeitraum an einer Tätigkeit dran zu bleiben. Unentschuldigtes Fehlen gehört zum Alltag. Nachdem er während der Arbeitszeit bei einer öffentlichen Veranstaltung Drogen konsumiert, drohen ihm die Projektmitarbeiter/innen mit einem Ausschluss aus dem Projekt. Ein wachrüttelnder Moment – Martin beginnt an sich zu arbeiten. In den letzten zwei Monaten seiner Projektteilnahme verbessert sich seine Pünktlichkeit, seine aktive Kommunikation mit den Mitarbeiter/innen und Teilnehmer/innen steigert sich. Martin nimmt ein Beratungsgespräch bei einem Suchttherapeuten wahr und erstellt aktuelle Bewerbungsunterlagen. Er beginnt erreichbare Lebensziele für sich zu formulieren. Während eines Praktikums wird deutlich, dass Martins Leistungsfähigkeit und -bereitschaft gegenwärtig nur für einfache Helfertätigkeiten im handwerklichen Gewerbe ausreicht. Mit den Fallmanagern der Arbeitsagentur wird vereinbart, dass ihm überwiegend seinen Leistungen entsprechende Jobangebote unterbrei-

tet werden. Eine Berufsausbildung wird vorerst nicht angestrebt. Martins Einstellung hinsichtlich rechtsextremer Ideologien wandelt sich. Er zieht sich von den „Kameraden“ zurück und widmet sich in seiner Freizeit der Sanierung seines Hauses. Bei fachlichen Fragen wendet er sich, auch nach Projektende, immer wieder an die Projektmitarbeiter/innen, insbesondere wenn es um Schriftverkehr mit Ämtern geht. Diese Begleitung, über die sechsmonatige Projektteilnahme hinaus, ist von Beginn an geplant gewesen. Als Martin einen Rückfall in alte Handlungsmuster befürchtet, bittet er um eine erneute Aufnahme ins Projekt. Seine Tätigkeit wird dieses Mal nicht zusätzlich vom Fallmanager honoriert, trotzdem kommt Martin zu allen Terminen. Gegenwärtig ist er in einem Handwerksbetrieb in der Region als Hilfskraft tätig. Den Kontakt zu den Projektmitarbeiter/innen pflegt er weiterhin.

Generelle Beobachtungen

Bei dem geschilderten Beispiel handelt es sich um einen nahezu bilderbuchmäßigen Verlauf. Dieser tritt in vergleichbarer Form nur bei etwa 20 Prozent der Teilnehmer/innen auf. Zehn Prozent der bisherigen Teilnehmer/innen haben das Projekt vorzeitig abgebrochen. Die restlichen zwei Drittel zeigten zwar eine Veränderung im Projektverlauf und diskutierten demokratische Grundwerte sowie persönliche Möglichkeiten; die nachhaltige Wirkung blieb jedoch offen. Auch war die Bindung an die Projektmitarbeiter/innen offensichtlich nicht stark genug, so dass die Teilnehmer, trotz der Aussage in Kontakt bleiben zu wollen, nicht mehr auftauchten.

Nach zweieinhalb Projektjahren kommen die beiden Projektpartner, „Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e.V.“ und das „Kreisdiakonische Werk Greifswald-Ostvorpommern e.V.“, zu dem Schluss, dass insbesondere die präventive Arbeit in dieser niederschweligen Form für die definierte Zielgruppe hilfreich ist. Allerdings wird den Mitarbeiter/innen und dem Träger viel abverlangt. Um Veränderungen und Erfolge bei den Teilnehmer/innen zu ermöglichen, ist eine sehr individuelle Zuwendung unerlässlich. Diese ist zeitaufwändig und langwierig. Das Vertrauen zwischen Projektmitarbeiter/innen und Teilnehmer/innen muss wachsen – sechs Monate sind dafür eine sehr kurze Zeit. Die emotionale Belastung für die Mitarbeiter/innen wächst mit jeder schicksalhaften Biographie, der sie sich im Rahmen ihrer Tätigkeit annehmen. Das Scheitern der Teilnehmer/innen wirft auch bei den Mitarbeiter/innen immer wieder die Frage auf, ob sie selbst fachlich

gescheitert sind. Im Sinne eines dynamischen Projektansatzes soll zeitnah mögliche Defizite im Projektangebot und -verlauf ausgeglichen werden – allerdings birgt das die Gefahr eines Burnouts der Mitarbeiter/innen. Deshalb muss viel Wert auf Supervision und kollegiale Beratung gelegt werden.

Während des Projektes sind gut funktionierende Kooperationen mit Netzwerkpartnern entstanden, die aber stets zarte Pflänzchen bleiben. Die Kooperationen sind stark an persönliche Kontakte gebunden und stehen in Abhängigkeit zu rechtlichen und strukturellen Bedingungen. 2013 wird es einschneidende Veränderungen beim Zuwendungsrecht der Sozialagentur geben. Die Einstufung der Teilnehmer als „Ein-Euro-Jobber“ wird dann nicht mehr möglich sein, da die Mehraufwandsentschädigung als Maßnahme nicht mehr gewährt werden kann. Nachhaltige Projekte müssen deshalb eine Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit entwickeln, ohne ihre qualitative Wirkung zu gefährden.

Allerdings wird es unter den gegebenen Bedingungen aktuell nur schwer gelingen, dieses Projekt dauerhaft als Angebot in der Region und über diese hinaus zu verankern. Die leeren öffentlichen Kassen sind für die Projektträger ein großes Problem, denn derartige Projektangebote werden durch die Kommunen oder das Land als freiwillige Leistung finanziert. Deshalb möchten die Projektpartner betonen, dass schnellstmöglich Lösungen für die Zukunft gefunden werden müssen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die gewonnenen Erfahrungen und Kompetenzen zukünftig ungenutzt bleiben und am Ende verlorengehen. Bei der Entwicklung von künftigen Förderprogrammen sollten präventive Angebote, wie das hier geschilderte Projekt, ebenso berücksichtigt werden, wie Beratungsangebote für Eltern, Familien und Lehrer/innen sowie Aussteigerprogramme für Menschen, die den Einstieg in die Szene schon lange vollzogen haben.

04|02 Der Verein „Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e.V.“ und das „Kreisdiakonische Werk Greifswald – Ostvorpommern e.V.“

Der Verein „Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e.V.“ verfügt seit 2008 über ein ständig wachsendes und auf Vertrauen basierendes Netzwerk in Zivilgesellschaft und Verwaltung. Dadurch kann der Verein Jugend- und Arbeitsämtern, Trägern der Jugend- und Sozialarbeit sowie Organisationen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen für das in der Region relevante Thema Rechtsextremismus ein Projekt mit Perspektive anbieten. Das „Kreisdiakonische Werk Greifswald – Ostvorpommern e.V.“ hat das für solche Projekte notwendige praktische Know-How im Bereich der Jugendarbeit. Darüber hinaus verfügt er über eine entsprechende Mitarbeiterstruktur, für die Umsetzung und Abrechnung eines solchen mehrjährigen Projektes. Die beiden Projektpartner bringen somit zwei grundlegende Potentiale in das XENOS-Sonderprogramm ein, die für eine Umsetzung notwendig sind.

Für die praktische Umsetzung verbindet die beiden Partner der Denkansatz, dass potentielle Einsteiger/innen in die rechtsextreme Szene vor dem endgültigen Einstieg eine „Bewährungsphase“ überwinden müssen. In diesem Zeitraum kann es unabhängigen Dritten noch gelingen, die potentiellen Einsteiger/innen dazu zu bewegen, die rechte Ideologie zu hinterfragen und ihre Haltung zu überdenken. Dadurch besteht die Möglichkeit eines Ausstiegs vor dem endgültigen Einstieg in eine rechtsextreme Gruppierung.

Arbeitsmarktqualifizierung für den Ausstieg vor dem Einstieg

Das XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ bietet für diese Annahme und Überlegung den modellhaften Raum und Rahmen zur praktischen Erprobung. Erweitert um ein Qualifizierungsangebot für den Arbeitsmarkt, soll das Projekt dazu führen, dass die Zielgruppe nach der Projektteilnahme möglichst in eine demokratisch orientierte soziale Gruppe und im besten Fall

auch in den Arbeitsmarkt eingebettet wird. Diese gesellschaftliche Einbettung erschwert das erneute Anwerben durch rechtsextreme Gruppen oder unterbindet es völlig. Die Arbeit mit „rechtsextremen Hardlinern“ haben beide Partner von Beginn an ausgeschlossen, da ihnen sowohl die personellen Kompetenzen als auch die Erfahrungen fehlen, um dem Anspruch einer entsprechenden Begleitung fachlich gerecht werden zu können. Ihr Projektangebot richtet sich daher vordergründig nur an Jugendliche mit rechtsextremen Einstellungsmerkmalen und defizitären sozialen Kompetenzen.

Seit zweieinhalb Jahren bietet das Projekt diesen Jugendlichen eine arbeitsmarktorientierte Qualifizierung an und will dadurch ihren Einstieg in die regionale rechtsextreme Szene verhindern. Die Projektmitarbeiter/innen erarbeiten mit den Teilnehmer/innen individuell zugeschnittene Angebote, um mangelnde soziale Fähigkeiten sowie fehlende Schlüsselkompetenzen auszugleichen. Undemokratische Einstellungsmerkmale werden in Gesprächen reflektiert und hinterfragt. In den Arbeitsbereichen Holzwerkstatt, Land- und Hauswirtschaft aber auch bei einfacheren Bürotätigkeiten erfahren die Teilnehmer/innen oft erstmals soziale und berufliche Akzeptanz sowie Wertschätzung für ihre Leistungen. Durch individuelle Ansprache und Begleitung gelingt es, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Teilnehmern und Mitarbeitern aufzubauen. Über diese Wege versucht das Projekt den Teilnehmer/innen den Wert eines selbstbestimmten und aktiven Lebens in einer demokratischen Gesellschaft aufzuzeigen. Primäres Ziel des Projektes ist es, die Teilnehmer zu befähigen und zu motivieren, an dieser Gemeinschaft zukünftig aktiv zu partizipieren.

Da eine dauerhafte Brandmarkung der Teilnehmer/innen gegenüber den Kooperationspartnern sowie potentiellen Praktikumsunternehmen und Arbeitgebern als Rechtsextreme vermieden werden soll, wird auf die Arbeit in heterogenen Gruppen gesetzt. So wird eine gruppenspezifische Stigmatisierung vermieden. Im weiteren Effekt, nehmen so auch Jugendliche an dem Angebot teil, die keine rechtsaffinen Merkmale aufzeigen. Angesichts der ebenso vorliegenden persönlichen Defizite, gelingt diesen aber auch nur selten ein Einstieg in den Arbeitsmarkt. Das Projekt hinterfragt und thematisiert hier möglicherweise frühzeitig undemokratische Denkansätze, verhindert somit in einigen Fällen vielleicht präventiv einen Einstieg in die rechtsextreme Struktur. Somit kann man das Projekt im doppelten Sinne präventiv begreifen.

Projektstruktur

Das Projektteam ist multiprofessionell und besteht aus Sozialpädagogen, Psychologen und Ausbildern. Berufliches Lernen und Orientieren stehen in der Holzwerkstatt, dem hauswirtschaftlichen Bereich sowie dem Baubereich im Vordergrund. Ergänzt wird dieses Angebot durch das Demokratietraining in Einzel- oder Gruppengesprächen. Beim Demokratietraining setzen sich die Teilnehmer/innen mit rechtsextremem Gedankengut auseinander, die Vorteile demokratischen Denkens und Handelns werden durch vielfältige methodische Ansätze vermittelt und für sie erfahrbar gemacht. Zusätzlich erhalten sie während der Projektzeit psychosoziale Beratung, soziales Kompetenztraining, regelmäßige psychologische Begleitung sowie zahlreiche Gruppenangebote. Bewerbungstrainings und die Vermittlung in Betriebspraktika sind ebenfalls Bestandteile des Projektes. Die Teilnehmer/innen erwerben im Laufe der Zeit Eigenschaften wie Zuverlässigkeit und Ausdauer und lernen mit Frustration und Misserfolgen umzugehen. Möchten die Teilnehmer/innen aus der rechten Szene aussteigen, werden sie an kompetente Partner unseres überregionalen Netzwerks vermittelt.

Um auch anderen Jugendlichen einen potentiellen Projektzugang zu ermöglichen, werden Partner wie Jugendämter, Jugendgerichtshilfe und andere Sozialträger kontinuierlich über die Inhalte und Angebote informiert.

Das Projektkonzept ist auf die Umstände der ländlich geprägten Projektregion ausgerichtet, die wirtschaftlich schwach ist und zu den am dünnsten besiedelten Gebieten Deutschlands gehört. Diese regionale Grundsituation spielt den Absichten der Neonaziszene in die Hände. Viele rechtsorientierte Jugendliche haben eine einfache oder mittlere Schulbildung, tun sich schwer mit der Berufswahl, fallen durch aggressives Verhalten bis hin zu gewalttätigen Übergriffen auf Mitschüler/innen auf, haben oft schlechte Noten und die Auffassung, dass es an ihrer Schule zu viele ausländische Mitschüler/innen gibt. Diese Beobachtungen haben die Projektinitiatoren immer wieder bei den Teilnehmer/innen gemacht. Dabei sind die Projektinitiatoren der Meinung, dass die Jugendlichen vor allem rechtsaffin oder gesellschaftlich orientierungslos sind, weil sie soziale und persönliche Probleme haben und nicht unbedingt, weil sie gefestigte politische und ideologische Haltungen vertreten oder mit schwierigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind.

Mit dem nun modellhaft erprobten Projekt wurde jungen Menschen die Möglichkeit der rechtzeitigen Umkehr bzw. der Verbleib in einer demokratischen Gesellschaft ermöglicht. Die Partner konstatieren am Ende eine gute Wirksamkeit ihres Ansatzes. Sie halten es für sinnvoll und erforderlich, über den Erfahrungsaustausch mit anderen Projektträgern aber auch bisherigen Projektpartnern den Projektansatz weiterzuentwickeln und auch in den kommenden Jahren fortlaufend zu erproben. Der Bedarf an Angeboten dieser Art wird ihnen in unterschiedlichen Beratungskreisen immer wieder prognostiziert.

Um eine Realisierung zu ermöglichen, müssen deshalb dringend langfristige Finanzierungsformen gefunden und gesichert werden.

Projekt „Szenenwechsel“

Trägerverein: Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e.V.

Kontakt: DemokratieLaden Anklam c/o Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e.V.

Burgstraße 9

17389 Anklam

Telefon: 03971 - 241736

Fax: 03971 - 241759

E-Mail: info@demokratisches-ostvorpommern.de

Internet: www.demokratisches-ostvorpommern.de

Kooperationspartner: Kreisdiakonisches Werk Greifswald-Ostvorpommern e.V.

Bughagenstraße 1–3

17489 Greifswald

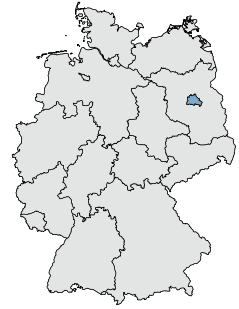
Tel.: 03834 - 30 46

Fax: 03834 - 88 57 22

E-Mail: szene@kdw-greifswald.de

Internet: www.kdw-greifswald.de

04|03 Vom NS-Sympathisanten zum Gartenbauer



Herr O. sorgt sich um seinen 16 Jahre alten Sohn Dennis. Dennis zieht sich immer öfter in sein Zimmer zurück und spielt Kriegsspiele am Computer. Seine Leistungen in einer Schule mit Sonderpädagogischem Förderzentrum lassen zu wünschen übrig – außerdem muss sich Dennis dringend um einen Ausbildungsplatz kümmern. Durch einen Bekannten erfährt Herr O. vom Projekt „Raus aus der Einbahnstraße“ von publicata e.V. und wendet sich telefonisch an die Projektleitung. Herr O. berichtet, dass das Zimmer von Dennis voller Wehrmachtsdevotionalien steckt. Beim regelmäßigen gemeinsamen Frühstück und Abendessen mit der Familie thematisiere Dennis ständig Kriegs- und Wehrmachtsthemen. Er sage Sätze wie „was würde wohl Adolf Hitler dazu sagen“, „wenn Hitler noch leben würde, sähe das anders aus“ und „was wäre, wenn die Bundeswehr gegen Angela Merkel putschen würde“. In der Schule hält Dennis ein Referat zum selbstgewählten Thema „Der Tiger-Panzer der Wehrmacht“. Die Anregung seines Vaters, ein anderes Thema zu wählen, das auch für andere von Interesse sei, schmettert Dennis damit ab, dass ihn das Thema „Tiger-Panzer“ nun einmal interessiere. Herr O. ist alarmiert – vor einigen Jahren war er selbst in der rechten Szene als Fußballhooligan aktiv, trug mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln ein typisch rechtes Outfit und hatte mehrere Strafverfahren. Als er seine Frau kennenlernte, distanzierte er sich von der Szene. Er ist heute berufstätig und baut in seiner Freizeit Stadtmodelle. Die NS-Kriegsmodelle, die er früher gebaut hat, hat sich Dennis in sein Zimmer gestellt, als sein Vater sie wegschmeißen wollte.

Laut den Beobachtungen des Vaters besitzt Dennis jedoch keine rechten Publikationen, geht nicht zu rechten Demonstrationen und hat keinen offensichtlich rechten Freundeskreis. Dennis sei meistens alleine, antriebslos und schwer motivierbar. Herr O. befürchtet, dass Dennis nach seinem Hauptschul-

abschluss ohne Ausbildungsplatz in die rechte Szene abgeleitet. Sich selbst schätzt Dennis nach Aussage des Vaters nicht als „rechts“ ein. Die Frage seiner Schwester, ob er rechts sei, habe Dennis herumdrucksend verneint. Deshalb nimmt Herr O. an, dass Dennis sich gegenüber dem Präventionsprojekt durchaus kooperativ verhalten könnte.

Am Ende des ersten Telefongesprächs vereinbaren die Projektmitarbeiter/innen mit Herrn O. für den darauffolgenden Tag einen Termin mit ihm und seinem Sohn im Projektbüro, um gemeinsam weitere Schritte zu besprechen. Die Projektbetreuer/innen sind sich nach den Schilderungen von Herrn O. einig, dass die Gefahr besteht, dass Dennis bei unklarer persönlicher Perspektive, mangelnden Anforderungen sowie fehlenden positiv einwirkenden sozialen Kontakten eine manifeste neonazistische Gesinnung entwickeln und sich der rechten Szene zuwenden könnte.

Beim ersten Gespräch wird deutlich, dass die Familie Dennis unterstützt und ihm Rückhalt gibt. Die Eltern sind sehr daran interessiert, dass Dennis gleich nach dem Schulabschluss eine Ausbildung beginnt. Sie bieten sogar an, ihm eine eigene kleine Wohnung im gleichen Mietshaus zu finanzieren. Dennis wirkt sehr introvertiert und wenig selbstbewusst – aber er äußert einen klaren Berufswunsch: Er will Garten- und Landschaftsbauer werden. Er habe bereits mehrere Praktika in unterschiedlichen Branchen absolviert und sei sich nun sicher, dass Gartenbauer der richtige Beruf für ihn sei. Um die Ausbildungsplatzsuche hat er sich aber bislang nicht gekümmert. Die Projektmitarbeiter/innen bewerten Dennis' vorwiegende Beschäftigung mit Computer-Kriegsspielen, seine NS-Devotionaliensammlung und die rechtslastigen Äußerungen im Familienkreis als Fluchtpunkte aus der Realität und als Provokation – er nutzt die bekannte rechte Vergangenheit seines Vaters aus.

Der Ansatzpunkt für die weitere Arbeit mit Dennis ist sein klarer Berufswunsch. Die Projektmitarbeiter/innen unterhalten sich in mehreren Gesprächen mit Dennis über seine Zukunftspläne und die Perspektiven nach seiner gewünschten Ausbildung. Es folgen mehrtägige ausführliche Recherchen im Internet und die Sichtung zahlreicher Ausbildungsmöglichkeiten und Voraussetzungen, um Dennis' Interesse und Motivation, deren Stabilität sowie mögliche Alternativen auszuloten. Nach dieser Orientierungs- und Beratungsphase wird die Bewerbungsphase aufgenommen, die sich in ein Vorstellungsgesprächs- und ein Bewerbungstraining aufteilt. Zwei Mal geht

Dennis zum Situationstraining vom Förderverein für arbeitslose Jugendliche e.V., wo er sein Auftreten bei Vorstellungsgesprächen trainiert. Seine Stärken und Schwächen werden mit ihm besprochen. Beim Bewerbungstraining lernt Dennis, wie er inhaltlich und stilistisch gute Bewerbungen schreibt. Dabei nehmen die Projektmitarbeiter/innen Dennis als jungen Erwachsenen ernst, üben partnerschaftliche Kritik und bestärken ihn in seiner Motivation. Schließlich organisieren sie ihm in einem Landschaftsbauunternehmen eine Probearbeitsstelle, die er in den Osterferien wahrnimmt.

Im Verlaufe der Betreuung gewinnt der einst schüchterne Dennis immer mehr an Selbstvertrauen und erwägt sogar eine Auslandsreise, „um mal etwas anderes als Deutschland zu sehen“. Auch Dennis' Vater gibt ein positives Feedback. Dennis sei aufgeschlossener und offener geworden. Es gebe keine großen familiären Auseinandersetzungen wegen seiner Lustlosigkeit bezüglich Schule und Ausbildungsplatzsuche mehr und provokante rechtslastige Äußerungen blieben auch aus. Dennis schließt die Hauptschule mit einem Notendurchschnitt von 2,7 ab, worauf er, wie er im Gespräch betont, stolz ist. Auch das Probearbeiten ist von Erfolg gekrönt: Das Unternehmen bietet ihm sowohl einen Ferienjob als auch einen Ausbildungsvertrag an. Im Herbst fängt Dennis mit der Ausbildung an. Die Projektmitarbeiter/innen bieten Dennis an, dass er das Projekt gerne auch weiterhin in Anspruch nehmen kann, wenn er Fragen zur Ausbildung oder zu seinen Rechten als Azubi hat oder generell bei irgendwelchen Belangen Hilfe und Unterstützung benötigt. Dennis findet das laut eigener Aussage interessant und will darauf zurückkommen.

04|03 „Raus aus der Einbahnstraße“ – publicata e.V.

Das Berliner Projekt „Raus aus der Einbahnstraße“ wird vom Verein publica e.V. getragen, der sich als Forum für Migration, Integration, Partizipation und Entwicklungszusammenarbeit versteht. Der Verein pflegt eine enge Zusammenarbeit mit Journalist/innen, Publizist/innen, Wissenschaftler/innen sowie wissenschaftlichen Institutionen, Vereinen, Organisationen, Einrichtungen und Behörden, die auf dem Gebiet der Migration, Integration und Entwicklungszusammenarbeit tätig sind.

Das Projekt konzentriert sich auf Jugendliche in Berlin-Lichtenberg, die gefährdet sind, aufgrund ihrer Einstellung oder ihres sozialen Hintergrundes und Umfeldes in die rechte Szene abzurutschen. Ihre rassistischen und diskriminierenden Denkweisen sollen aufgebrochen und Anregungen und Impulse zur kritischen Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Ideologien und sozialen Verhältnissen gegeben werden. Dabei werden verschiedene pädagogische und bildungspolitische Angebote angewandt. Zu diesen zählen die berufsorientierende, praxisbezogene Einzelfallbetreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Workshops, Veranstaltungen, interkulturelle Seminare, Gruppenfahrten, Exkursionen und Antigewalt- und Kompetenztrainings.

Die Umsetzung des Projektansatzes ist in vier Phasen aufgeteilt. Zunächst werden die Jugendlichen akquiriert und durch Freizeitangebote und eine entsprechende Betreuung motiviert. In der zweiten Phase wird durch die Beziehungs- und Beratungsarbeit ein Vertrauensverhältnis zwischen den Projektmitarbeiter/innen und der Zielgruppe aufgebaut. Anschließend werden individuelle Lehr- und Beschäftigungspläne für die Jugendlichen ausgearbeitet, bei denen sie sich aussuchen können, in welchen Berufsfeldern sie Praxiserfahrungen sammeln möchten. Nach der individuellen Qualifizierung folgt der vierte Projektabschnitt – die Bewerbungsphase. Zusammen mit den Projektteilnehmer/innen werden Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze für sie gesucht. Dabei kooperieren Betriebe, Jobcenter und andere Träger der Berufshilfe mit dem Projekt. Während der letzten drei Projektphasen wird durch Einzelgespräche, Gruppendiskussionen, Workshops und politische

Bildungsangebote an den Einstellungsmustern der jungen Erwachsenen gearbeitet. Die verschiedenen Vorurteile, Tendenzen der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ und rechtsextreme Weltbilder werden durch gezielte Gesprächsstrategien in Frage gestellt. Bisher haben 124 Jugendliche und junge Erwachsene – und viele Eltern, Betreuer/innen, Lehrer/innen etc. – an dem Projekt teilgenommen.



04|04 Konkret und emotional: Zu Besuch in Auschwitz



Zum Projektangebot des IB Verbund Sachsen ER Hirschfelde gehören Exkursionen für Schulklassen zu Gedenkstätten. So besuchten beispielsweise zwei neunte Klassen der Zittauer Mittelschule „An der Weinau“ das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz. Gemeinsam mit den Lehrern erarbeiteten die Mitarbeiter des IB ein Unterrichtsprogramm, das die 34 Schüler/innen intensiv auf die Exkursion vorbereiten sollte.

Im Rahmen der Exkursion besuchten die beiden Klassen zunächst die „Fabryka Schindlera“ in Krakau, ein Museum in der ehemaligen Fabrik des deutschen Unternehmers Oskar Schindler. Der Hersteller von Emaillegeschirr für die Armee hatte während des Holocausts 1200 bei ihm angestellte jüdische Zwangsarbeiter/innen vor der Ermordung in den Vernichtungslagern des Nationalsozialismus bewahrt. Im Museum werden die historischen Bedingungen in Krakau vor der Okkupation, die geschichtliche Entwicklung, Oskar Schindler selbst, die Situation der jüdischen Arbeiter/innen und die Befreiung lebendig dargestellt. Der Museumsbesuch war somit ein geeigneter Einstieg für die Schüler/innen, die zahlreiche Fragen stellten.

Die nächste Station der Reise war Auschwitz, wo die Schüler/innen von einem Mitarbeiter des Internationalen Freiwilligendienstes empfangen und während des Aufenthaltes betreut wurden. Gemeinsam mit ihren Lehrern und den IB-Mitarbeitern besuchten die Schüler/innen das ehemalige Konzentrationslager. Bei den zwei Rundgängen durch das Lager gingen die Tourleiter gut auf die Jugendlichen ein und beantworteten viele Fragen. Nach den Touren hatten die Schüler/innen Gelegenheit zu einem Zeitzeugengespräch. Der Zeitzeuge, ein in Polen lebender Jude, der in mehreren Konzentrationslagern untergebracht war, erzählte der Gruppe seine Lebensgeschichte. Die zweieinhalb Stunden des Gesprächs waren sehr emotional, die Jugendlichen

hörten aufmerksam zu. Der authentische Bericht verschaffte den Schüler/innen eine konkretere Vorstellung von den Fakten, die sie im Unterricht gelernt hatten. Nach dem Zeitzeugengespräch besichtigte die Gruppe, organisiert vom Freiwilligendienstleistenden, die Stadt Oświęcim (Auschwitz). Dabei lernte sie sowohl das jüdische Leben in der Stadt vor dem Zweiten Weltkrieg als auch die heutige Situation der Bewohner/innen kennen. Abschließend besuchten die Jugendlichen die Gedenkstätte in Birkenau. Das ehemalige Außenlager lernten die Neuntklässler/innen bei einem zweistündigen geführten Rundgang kennen.

Die dreitägige Exkursion wurde, auch auf Wunsch der Schule, drei Wochen später in Zittau aufgearbeitet. Damit sollte der Bogen zurück zur Region, in der die Schüler/innen leben, geschlagen werden. Welche Zeitzeug/innen leben in Zittau? Welche Dokumente lassen sich finden, die vom jüdischen Leben in der Stadt erzählen? Durch ein Seminar und einen Stadtrundgang entlang der Stolpersteine lernten die Jugendlichen die jüdische Geschichte Zittaus kennen.

Die Schüler/innen sagten beim Abschlussseminar, dass vor allem das Zeitzeugengespräch einen besonderen Eindruck hinterlassen habe. Auch das Lager Auschwitz, das die Jugendlichen davor nur aus Büchern kannten, sei für sie greifbarer geworden. Das Projekt, das aus den wichtigen Phasen der Vor- und Nachbereitung und der Exkursion selbst bestand, hat die Schüler/innen nachhaltig beeindruckt. Vor allem das Emotionale und Konkrete der Exkursion, ungezwungene Unterhaltungen und neue Gesprächsformen, haben das Projekt zu einem Erfolg gemacht.

04|04 Neue Lebenswege – Soziale Integration und Toleranz durch berufliche Mobilität

Das Projekt „Neue Lebenswege – Soziale Integration und Toleranz durch berufliche Mobilität“ des Internationalen Bunds (IB) Verbund Sachsen Einrichtung (ER) Hirschfelde bietet rechtsextremen Jugendlichen der Region Hirschfelde an der polnischen Grenze in Südsachsen vor allem über berufliche Qualifikation einen Ausstieg aus der rechten Szene an.

Eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung des Projektes war, dass der IB am Standort Hirschfelde seit 1992 arbeitsbezogene Maßnahmen wie Berufsausbildungen und berufsvorbereitende Maßnahmen mit Jugendlichen der Region durchführt. Da das Projekt seit jeher in ein Netz mit regionalen und überregionalen Partnern eingebettet ist, haben sich für seine Teilnehmer/innen attraktive berufliche und soziale Perspektiven ergeben.

Seit den Kreistagswahlen 2008 ist die NPD auf der politischen Bühne der Region und seit 2009 im Sächsischen Landtag vertreten. Diesen rechtsextremistischen Tendenzen wollten die Projektgründer/innen sinnvolles Handeln entgegensetzen, auch weil sie unter den Teilnehmer/innen der IB-Maßnahmen junge Menschen fanden, die rechtsextremen Auffassungen billigend gegenüberstanden oder diese sogar unterstützten.

Neben der fachlichen und beruflichen Ausbildung haben Prävention und politische Bildungsarbeit mit den Jugendlichen bei allen Maßnahmen des Projekts eine begleitende Funktion. Die Vermittlung demokratischer Wertvorstellungen und die Auseinandersetzung mit den Grundfragen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenlebens sind beim IB Grundlage persönlicher und beruflicher Kompetenzentwicklung. Die Initiative „Schwarz-Rot-Bunt – IB Pro Demokratie und Akzeptanz“ verankert politische Bildung in allen Arbeitsfeldern durch die Entwicklung und Bereitstellung von zielgruppengerechten Materialien und einem breiten internen Fortbildungsangebot. Veranstaltungen, die sich mit den Themen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus beschäftigen, zielen auf Reflexion, Urteilsfähigkeit und Bereitschaft zu eigenverantwortlichem Handeln. Besonders junge Menschen

mit niedrigem oder ohne Bildungsabschluss sind in der Region Hirschfelde durch Einflüsse rechter Strukturen wie zahlreicher rechter Kameradschaften massiv gefährdet. Auf der Grundlage dieser Gegebenheiten wurde das Konzept des XENOS-Projektes entwickelt. Dabei ist die präventive Arbeit ein wichtiges Element.

Ziel des Projektes ist, die beruflichen und sozialen Perspektiven junger Menschen aus der Region durch berufliche Qualifizierung, sozialpädagogische Unterstützung und organisierten Wechsel in eine andere Region zu verbessern, die Gefährdung durch rechtes Gedankengut einzudämmen und den Ausstieg aus der rechten Szene zu ermöglichen.

Angestrebte Projektergebnisse, die zur Zielerreichung beitragen

Verbesserung der Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration

Verbesserung der beruflichen Qualifikation und der Sozialkompetenz

Erwerb von Berufserfahrung durch betriebliche Praktika im Großraum Stuttgart

Bereitschaft zum Wechsel in eine andere Region und Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses dort

Multikulturelle Toleranz und Demokratieverständnis

Aktivitäten, mit denen die Projektergebnisse erreicht werden sollen

Förderung sozialer Integration durch Aufzeigen positiver beruflicher und sozialer Perspektiven

Zwölf Teilnehmer/innen werden pro Projektjahr für jeweils vier Monate in den Ausbildungsräumen des IB Hirschfelde beruflich qualifiziert, anschließend wird ihnen mit Unterstützung anderer IB-Einrichtungen ein vierwöchiges betriebliches Praktikum vermittelt; parallel erfolgt eine intensive sozialpädagogische Betreuung in Einzel- und Gruppenarbeit

Bei Ausstiegsbereitschaft aus der rechten Szene Unterstützung des beruflichen Wechsels in eine andere Region, z. B. in den Großraum Stuttgart

Seminare zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

Antiaggressions- und Demokratietrainings

Intensive Einzelbetreuung gefährdeter Teilnehmer/innen durch regelmäßige Gesprächsangebote

Präventive Angebote für Schulen zur Ergänzung des Unterrichts in den siebten bis neunten Klassen in Form von thematischen Gruppenstunden und Exkursionen zu Gedenkstätten

Kontakt

Internationaler Bund Verbund Sachsen Einrichtung Hirschfelde

Flachsspinnereistraße 5

02763 Zittau-Hirschfelde

Frau Thiemann (Programmgeschäftsführerin)

Tel.: 035874-276-0

Fax: 035843-27623

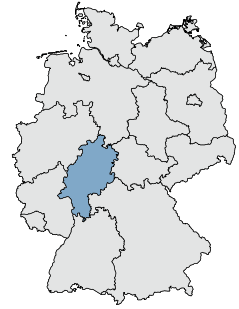
E-Mail: BZ-Hirschfelde@internationaler-bund.de

Internet: www.internationaler-bund.de



04|05

„Unsere Tochter schmiert Hakenkreuze an die Wände“



Das folgende Beispiel beschreibt einen Fall aus der Elternberatung. Der Fall ist gerade keine präsentable, glatt verlaufende Erfolgsstory, sondern er zeigt neben typischen Themen auch eine untypische Komplexität, viele Hindernisse, Grenzen der Beratung und im Nachhinein erkannte Fehler.

Vorgeschichte

Die Mutter von Julia (alle Namen geändert) nimmt Kontakt zur Elternberatung des Projekts „Rote Linie“ auf, weil sie und ihr Mann beobachten, dass ihre 17 Jahre alte Tochter seit einigen Wochen eine große Abhängigkeit zu einem deutlich älteren bekannten Rechtsextremen entwickelt hat. Sie hat ihn auf einem Stadtfest kennengelernt und sich mittlerweile in dessen Freundeskreis, eine rechtsextreme Kameradschaft, begeben. Seither haben die Eltern Veränderungen an ihrer Tochter wahrgenommen. Sie kleidet sich anders, hat nur noch Kontakt zu Personen der rechtsextremen Szene, chattet in rechtsextremen Internetforen, äußert rechte Sprüche im Elternhaus, hört Rechtsrock und schmiert Hakenkreuze an die Wände. Julia hat einen Hauptschulabschluss und befindet sich in einer berufsvorbereitenden Maßnahme, die sie aber zwischenzeitlich abbricht. Sie hat keinen Freundeskreis außerhalb der rechtsextremen Szene. Ihr fällt es schwer, langfristige Kontakte und Freundschaften aufrechtzuerhalten. In Beziehungen bindet sie sich laut der Eltern fast vollkommen an den Partner, handelt manipulativ und inszenierend. In den einschlägigen Internetforen der rechtsextremen Kameradschaft kommuniziert sie fast jede freie Minute und erarbeitet sich schnell einen gewissen Status. Sie versucht sogar, andere Jugendliche für die Szene zu gewinnen.

Die Mutter macht sich große Sorgen um ihre Tochter: Alkohol, illegale Drogen und Gewalt seien im Spiel, außerdem gebe es Gerüchte über Verbindun-

gen zur Prostitution. Kurz vor der Erstberatung war Julia eine Woche nicht zu Hause, ohne dass die Eltern wussten, wo sie sich aufhielt. Die Polizei suchte erfolglos. Als sie bei Julias neuem Freund nachfragte, bestritt der ihre Anwesenheit – während sie sich im Schrank versteckte. Vom Jugendamt fühlten sich die Eltern nicht ernst genommen. Eine Beratungsstelle für Rechtsextremismus leitete sie schließlich an das Projekt „Rote Linie“ weiter, das in der Folge mit der Beratungsstelle kooperierte.

Beratungsbeginn

Von den Projektmitarbeiter/innen wollen die Eltern wissen, wie man Julia aus der rechtsextremen Szene und der Abhängigkeit von ihrem Freund lösen kann. Die Eltern erkundigen sich nach rechtlichen Möglichkeiten, ihren elterlichen Rechten und Fürsorgepflichten gegenüber der Tochter Julia nachzukommen. Angesichts der bevorstehenden Volljährigkeit sind Wege gegen den Willen der Tochter wenig aussichtsreich, deshalb soll gemeinsam mit der Tochter eine Lösung gefunden werden. Die Mutter kümmert sich um Julia, beschäftigt sie und bemüht sich neben ihrer Berufstätigkeit um die Organisation alternativer Freizeitangebote. Gemeinsam mit Julia werden Regeln für den Haushalt vereinbart, die den Zugang zum Internet, den Aufenthalt im Haus und den Besitz rechtsextremer Symbole regulieren. Zwar kommt Julia ab und an immer noch nicht nach Hause, aber sie hält Kontakt zu den Eltern und redet mit ihnen über ihre Ängste und über Rechtsextremismus.

Generell ist die Familie in einer schwierigen Situation. Nur noch die jüngste Tochter Julia wohnt zu Hause. Zu Beratungsbeginn ist ihr (Adoptiv-)Vater arbeitslos, die Familie kämpft um ihre Existenzsicherung. Der Vater tritt eher resolut auf, er kann das Verhalten der Tochter nicht billigen und ist geneigt, ihr klare Grenzen zu setzen. Die Mutter hingegen wirkt kämpferisch und fürsorglich. Die Eltern sind sich nicht einig über den Umgang mit der Situation, entwickeln keine gemeinsame Strategie. Der Vater lässt seine Frau gewähren, kümmert sich nach der Arbeitsaufnahme vor allem um die Versorgung der Familie und nimmt nicht an den Beratungsgesprächen teil. Gemeinsam ist den Eltern das Ziel: Sie wollen ihre Tochter „da rausholen“.

Die Mutter konfrontiert Julias Freund direkt, besucht die Orte, an denen er sich aufhält, signalisiert Widerstand. Sie bemüht sich, Julia die Illusionen über seine angeblichen Qualitäten zu nehmen, scheut auch direkte Auseinan-

dersetzungen und heftigen verbalen Streit nicht. Schnell entwickelt sich ein Machtkampf zwischen Julias Mutter und Julias Freund. Die Kameradschaft bedroht die Eltern mehrfach.

Julia distanziert sich von der Szene

In der Beratung werden Risiken der Gewaltbedrohung besprochen und überlegt, welche Alternativen es für eine neue Tagesstruktur der Tochter gibt. Gemeinsam gehen Julia und ihre Mutter zum Arbeitsamt. Julia bekommt einen Platz in einer berufsvorbereitenden Maßnahme, die allerdings erst ein paar Monate später beginnt. In dieser Zeit trennt sich Julia zum ersten Mal von ihrem Freund, da sie sich in der Beziehung nicht gut behandelt fühlt und an den Personen der Szene zweifelt. Die inhaltlichen Positionen stellt sie nicht in Frage, pflegt auch weiterhin rechte Kontakte über das Internet. Neue Freundschaften enden nach wenigen Wochen im Chaos. Intensive, kurze Freundschaften, der unstillbare Drang nach Aufmerksamkeit und die heftigen Auseinandersetzungen und Bestrafungsszenarien gegenüber der Mutter und den jeweiligen Partnern erinnern an eine Borderline-Problematik. Zweifel an der Absprachefähigkeit und Selbstkontrolle Julias kommen auf.

Als ein wichtiges Thema der Tochter wurde ihre Lösung vom Elternhaus identifiziert. Aufgrund der ersten Verunsicherung wurde überlegt, Kontakt zu einem Aussteigerprogramm aufzunehmen. Die Tochter spricht mit einer Mitarbeiterin des Projekts „Rote Linie“, wird aber nicht ins Aussteigerprogramm aufgenommen. Julia erhält elternunabhängig ein eigenes Beratungssetting, um über ihre Wünsche, Ziele und Probleme zu sprechen. Eine therapeutische Unterstützung, wie von den Eltern angedacht, möchte Julia nicht. Es wird diskutiert, ob Julia Julia – z. B. im betreuten Rahmen der Jugendhilfe – eigenständig wohnen kann.

Julia kehrt zu ihrem Freund zurück

Bevor weitere Schritte unternommen werden können, spitzt sich die Situation dramatisch zu. Julia kehrt zu ihrem Freund zurück, bis der sie misshandelt. Die Familie zeigt die Tat bei der Polizei an. Wie in der Elternberatung von „Rote Linie“ erörtert, zieht die Familie anonym in einen anderen Ort um. Julia wird psychisch immer instabiler, versucht mehrmals, sich das Leben zu nehmen, kommt in die Psychiatrie. Mit dem Umzug der Familie

gehen vertraute Beziehungen verloren, die finanzielle Belastung ist hoch. Dennoch hofft die Familie, nach einem Jahr in Alarmbereitschaft nun durch die räumliche Distanz Ruhe zu finden. In der Beratung wird überlegt, welche Hilfen notwendig sind. Nach und nach baut die Mutter ein umfangreiches Unterstützungsnetzwerk auf. Julia lässt sich psychologisch und medizinisch behandeln und beginnt eine Therapie. Sie wird von der Opferhilfe betreut. Mehrmals wird versucht, ihr einen Job zu besorgen. Sie bekommt rechtlichen Beistand im anberaumten Prozess gegen ihren Ex-Freund. Aufgrund der Gefährdungslage erhält Julia Personenschutz. Jede dieser spezialisierten Hilfen für sich ist sinnvoll – aber sie sind unkoordiniert und haben unterschiedliche Deutungen, Aufträge und Interessen, was sich zu Julias Nachteil entwickelt. Der bevorstehende Prozess ist ein Unruhefaktor, Julia hat Angst und ist instabil. Sie hat Kontakt zum Umfeld des Ex-Freundes. Die Gerichtsverhandlung führt schließlich zu einer Verurteilung, bis zum Antritt der Haftstrafe dauert es aber noch Monate.

Die Familie zerbricht

Die Situation kann nicht nachhaltig beruhigt werden. Julia nimmt wiederholt Kontakt zu Szene-Mitgliedern, darunter sogar ihr Ex-Freund, auf und begibt sich mehrfach in Gefährdungssituationen. Der Personenschutz wird deshalb beendet. Julias Eltern fühlen sich von der Tochter verraten und sind den Attacken der Szene ausgeliefert. Die Familie kann die aufgestauten Belastungen nicht mehr gemeinsam bewältigen. Die Tochter verlässt das Elternhaus, die Mutter taucht zu ihrer eigenen Sicherheit vorläufig unter.

Typisches und Besonderes des exemplarischen Beratungsfalls

Das Besondere dieses Falles liegt in dem mit eineinhalb Jahren langfristigen Beratungsprozess, in der Beziehungsdynamik innerhalb der Familie und in der intensiven Zusammenarbeit mit anderen Unterstützungssystemen, mit zeitweise acht verschiedenen Akteuren unterschiedlicher Institutionen. Die Ablösungsthematik ist hingegen ein für die Elternberatung typisches Thema. Die rechtsextreme Szene hat für die Jugendlichen eine besondere Funktion, was den Eltern Angst bereitet. In diesem Fall konnten Mutter und Tochter zeitweise in unterschiedlichen Settings beraten werden und eigene Themen bearbeiten. Die Mutter konnte ihre eigenen Bedürfnisse und Ablösungsängste reflektieren, die Tochter sich mit Kontakten, Beziehungen, der Thematik „Bindung vs. Au-

tonomie“ und der Suche nach eigenen Themen befassen. Hier eine Ausdifferenzierung und Klarheit der verschiedenen Aufträge erreicht zu haben, ist ein wichtiges Ergebnis der Fallarbeit.

Im Laufe der Elternberatung wurde deutlich, dass das Thema Rechtsextremismus im Rahmen der grundlegenden Familiendynamik der Mutter-Tochter-Beziehung und der psychischen Erkrankung der Tochter eine bestimmte Funktion erfüllt. Die Interventionen konzentrierten sich auf den Versuch, die Familie entsprechend ihrer Bedürfnisse an spezifische Stellen wie z.B. Psychotherapeuten zu vermitteln, um den eigenen Aufgaben- und Kompetenzbereich nicht zu überdehnen und die Familie optimal zu versorgen. Es ist nicht untypisch für die Elternberatung, dass in deren Verlauf neue Personen und Themen einfließen, die mit dem Beratungsanlass nicht unbedingt viel zu tun haben. Es ist gelungen, neben den Beratern (Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus, Elternberatung und Ansprache) die Opferhilfe, Akteure aus dem Bereich der Berufsintegration, Psycholog/innen und Psychiater/innen (Klinik), Anwält/innen und den Staatsschutz einzubeziehen. Mit steigender Zahl der Akteure wurde die Fallarbeit allerdings undurchsichtiger, da keine Abstimmung erfolgte und mitunter sogar gegenläufige Interessen verfolgt wurden. Die Koordinierung dieser verschiedenen Unterstützersysteme lag bei der Familie, da sich zwischen den beteiligten Akteuren keine definierten Kommunikationswege zur Herstellung von Transparenz einrichten ließen. Das wird negativ bewertet.

Nach der Mißhandlung der Tochter wurde die Trennung der beiden Beratungsansätze aufgehoben, um die Familie aus beiden Richtungen optimal als Ansprechpartner, Begleiter und Berater aufzufangen. So gab es gemeinsame Termine von Elternberatung und Aussteigeransprache bzw. Mutter und Tochter. Die Mutter wollte die Tochter nicht alleine lassen bzw. die Tochter sah sich selbst nicht in der Lage, ohne die Mutter Termine wahrzunehmen. Diesen Verlauf schätzen die Projektmitarbeiter/innen im Nachhinein als sehr ungünstig ein, weil die individuellen Ziele, Themen und Bedürfnisse der jeweiligen Beratungsnehmerin nicht mehr konsequent verfolgt werden konnten.

Insgesamt hat die Familie von dem Angebot der Elternberatung profitiert. Sie konnte über die Beratungen Zeit und innere Ressourcen mobilisieren, um die für ihre schwierige Lage wichtigen Unterstützungsangebote annehmen zu können.



04|05 Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg

Der Einstieg von Jugendlichen in die rechtsextreme Szene ist ein schleichen-der und oft langwieriger Prozess. Der Kontakt zur organisierten rechtsextremen Bewegung erfolgt meist über lose rechte Cliques. Zunächst diffuse rechte Orientierungen verfestigen sich mit zunehmender Einbindung in die Szene immer mehr. Rechte Kleidung, Musik, Symbole, ein entsprechendes Auftreten und eine bestimmte Sprache tragen zur Abgrenzung von anderen Lebenswelten bei und werden zur Betonung rechtsextremer Einstellungen genutzt. Der Einstieg in die rechte Szene erfolgt dabei in der Regel nicht isoliert. Oft gibt es im Umfeld potentieller Einsteiger/innen Personen, die andere Menschen wegen ihrer Herkunft, Religion, persönlicher Orientierung oder ihrem sozialem Hintergrund abwerten. Mit dem Einstieg in die rechtsextreme Szene überschreiten die jungen Menschen eine „rote Linie“. Einmal in der Szene angekommen, distanzieren sich Jugendliche oft von ihrem vorherigen sozialen Umfeld, von Öffentlichkeit, Familie, Schule und Arbeitsplatz.

Solche Einstiegsprozesse können jedoch unterbrochen werden: durch Eltern, Lehrer/innen, Pädagog/innen, Ausbilder/innen und andere Ansprechpartner/innen der Jugendlichen, aber auch durch Polizei und Justiz. Grundlage für eine Intervention ist jedoch der Wille, sich mit dem Jugendlichen auseinanderzusetzen. Dazu werden informierte und gestärkte Bezugspersonen, eine gezielte und sensible Ansprache, Grenzsetzungen und Beziehungsangebote benötigt.

Das Projekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ verfolgt als zentrales Ziel, Eltern, Multiplikator/innen und Fachkräfte zu befähigen, rechtsaffine Jugendliche darin zu unterstützen, die „rote Linie“ hin zum organisierten Rechtsextremismus nicht zu überschreiten. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Eltern und Mitarbeiter/innen der pädagogischen Jugendarbeit beraten, es gibt sogenannte Erstansprachen von rechtsaffinen Jugendlichen und Fortbildungs- und Informationsangebote für Menschen, die mit Jugendlichen arbeiten, also für Lehrer/innen, Pädagog/innen, Ausbilder/in-

nen, Polizist/innen und andere. Thematische Workshops werden auch für Jugendliche speziell konzipiert und angeboten.

Dem Projekt „Rote Linie“ gehören der St. Elisabethverein e.V. (Marburg), JAKob e.V. (Dillenburg) und das „Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus IKARus“ beim Hessischen Landeskriminalamt in Wiesbaden an. Die Geschäftsstelle ist bei IKARus eingerichtet, die Projektleitung liegt beim Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg.

Kontakt

Projekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“

Hölderlinstraße 1–5

65187 Wiesbaden

Tel.: 0611 8344 80

E-Mail: kontakt@rote-linie.net

Internet: www.rote-linie.net



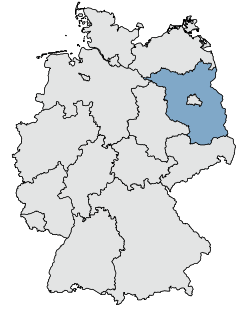
05|01 Sozialraumorientierte Ausstiegsarbeit

Neben der klassischen und präventiven Ausstiegsarbeit gibt es auch die sozialraumorientierte Arbeit gegen Rechtsextremismus. Diese wird folgendermaßen definiert:

„Sozialraumorientierung hebt die klassische Abgrenzung von Fallarbeit, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit auf und integriert die Arbeitsformen der Sozialen Arbeit zu einem mehrschichtigen Ansatz. Die Frage „Was ist der Fall?“ wird so neu beantwortet: Die dominante Beschränkung auf das Individuelle wird aufgegeben und die Relation von Menschen im Sozialen Raum an die Stelle des klassischen Falls gesetzt. Der ‚Fall‘ ist dann der kommunalpolitische Verteilungsdiskurs, die Funktionalität des Hilfesystems, die Potenziale von Stadtteilen, die Ressourcen von Netzwerken und auch, aber eben nicht mehr nur eine Lebensgeschichte. Das ist der Kern.“ (Früchtel, Cyprian, Budd: „Sozialer Raum und Soziale Arbeit – Textbook“, 2. Aufl. 2010, VS Verlag für Sozialwissenschaften)

Im Zusammenhang mit Rechtsextremismus versucht man bei der sozialraumorientierten Arbeit oft die Fragen zu beantworten, warum Jugendliche Schutz bei rechtsextremen Gruppen in ihren Wohnvierteln suchen und warum sie bestimmte Wohnquartiere nicht aufsuchen wollen. Letzteres ist vor allem zu beobachten, wenn Jugendliche eine Arbeit aufnehmen oder eine Ausbildung anfangen.

05|02 Marko findet seinen Weg



Der 24 Jahre alte Marko kommt über den Leiter des Jugendclubs, bei dem er seine gerichtlich angeordneten Sozialstunden ableistet und der zum ISA-Kooperationsnetz gehört, zum ISA-Projekt. Beim Aufnahmegespräch im Jugendclub hatte Marko von den Gründen seiner Verurteilung, seinen Erfahrungen in der rechtsextremen Szene und seinem Ausstiegswunsch berichtet, woraufhin der Leiter ein erstes Treffen mit dem ISA-Team organisierte.

Marko ist seit fünf Jahren arbeitslos und empfängt Arbeitslosengeld II. Seine Ausbildung im handwerklichen Bereich hat er frühzeitig abgebrochen. Er hat – abgesehen von einigen Praktika im Rahmen einer Berufsvorbereitung – keinerlei berufliche Erfahrung. Vor kurzem ist er Vater geworden und wollte eigentlich sein Leben neu ordnen – dann kam die Verurteilung zu mehreren hundert Sozialstunden wegen einer „uralten und blöden Sache im Suff“. Seit längerem bemüht er sich, sich von seinem alten Freundeskreis zu distanzieren, da dieser ihm immer wieder „Ärger“ eingebracht habe. Er sagt, er wolle sich jetzt seiner Familie widmen, Verantwortung übernehmen, einen Job finden, sein „Leben auf die Reihe kriegen“. Seine Kontakte zur rechtsextremen Szene hat er durch den Umzug zu seiner Freundin bereits reduziert. Sein äußeres Erscheinungsbild, einschlägige Tätowierungen und szenetypische Bekleidung, lässt jedoch immer noch eindeutig auf seine bisherige Szenezugehörigkeit schließen. Im Erstgespräch mit dem ISA-Mitarbeiter zeigt sich Marko motiviert. Er will die Angebote des Projekts annehmen, um endgültig aus der Szene aussteigen sowie eine positive Veränderung seiner beruflichen und familiären Situation erreichen zu können.

In den folgenden Gesprächen spricht er offen über seine rechtsextreme Vergangenheit, über seine Teilnahme an entsprechenden Demonstrationen und Konzerten und über seine Erfahrungen mit Gewalt. Meist sei er das Opfer

der eigenen Kameraden, erzählt er. Marko ist weniger ein ideologisch überzeugter Rechtsextremist, sondern eher ein unkritischer Mitläufer auf der Suche nach Freundschaft und Zusammenhalt. Die Gründe für die abgebrochene Ausbildung und die aktuelle Verurteilung hängen mit seiner Szenezugehörigkeit zusammen. Augenscheinlich stehen Markos guten Absichten hinsichtlich der Gestaltung seiner Zukunft eine Vielzahl von Problemlagen entgegen. Marko hat Schulden, er trinkt zuviel Alkohol und verbringt seine Freizeit weitgehend isoliert mit Onlinespielen. Die anfänglich hohe Motivation beim Ableisten der Sozialstunden lässt allmählich nach, er ist immer öfter unpünktlich und fehlt unentschuldigt. Die Beziehung zu seiner Freundin verschlechtert sich, da sie von seiner zunehmenden Lethargie und der Realität ihres Zusammenlebens enttäuscht ist. Gleichzeitig ist sich Marko bewusst, dass er Gefahr läuft, den von Arbeitslosigkeit, Alkoholproblemen, Frust und Gewalt geprägten Lebensweg seiner Eltern zu reproduzieren.

Gemeinsam mit dem ISA-Mitarbeiter nimmt Marko zunächst seine offenkundigen Probleme in Angriff. Er sortiert seine Finanzen und kauft bewusster. Er öffnet die Briefe der Inkasso-Anwälte wieder, vereinbart Ratenzahlungen und erlebt so erste Erfolgserlebnisse, die ihm Mut machen. Für die gespannte Situation mit seiner Freundin hat er selbst passende Lösungsansätze, zu deren Umsetzung es lediglich einer Ermutigung bedarf. Der ISA-Mitarbeiter begleitet Marko auf dessen Bitten hin zu einem Termin mit seiner Betreuerin beim Projekt „Haftvermeidung durch soziale Integration“ (HSI), das die Ableistung der Sozialstunden begleitet und überwacht. Frau S. vom HSI-Projekt hat schlechte Nachrichten: Marko habe sich aufgrund seines wiederholten Fehlens bereits eine Chance, die Sozialstunden abzuleisten, verbaut. Jetzt erwarte der Staatsanwalt eine zügige Ableistung bis zur vorgegeben Frist, ansonsten sei mit ernsteren Konsequenzen zu rechnen. Diesen Wink braucht Marko anscheinend – in den nächsten Wochen fehlt er nicht mehr.

Nach und nach wird auch Markos berufliche Perspektive in den Gesprächen mit dem ISA-Mitarbeiter thematisiert. Marko kann sich eine Arbeit im handwerklichen Bereich gut vorstellen, seine Praktika hat er alle bei Bauunternehmen absolviert. Zur Unterstützung der beruflichen Orientierung stellt der ISA-Mitarbeiter den Kontakt zur örtlichen Kompetenzagentur her und begleitet Marko zum ersten Termin. Marko nutzt schließlich aktiv die Angebote der Agentur. Ihm werden ein Bewerbungstraining und – nach dem erfolgreichen Ableisten der Sozialstunden – ein Praktikum bei einer örtlichen

Baufirma in Aussicht gestellt, das seinen Vorstellungen entspricht. Bei seinen Sozialstunden im Jugendclub lernt Marko nette Leute kennen, die fest im Berufsleben stehen und auch gerne friedlich feiern. Er besucht den Jugendclub jetzt auch in seiner Freizeit. Statt einsam PC-Spiele zu spielen wird er zum „Held an der Tischtennisplatte“.

Sein einmonatiges Praktikum bei einer Baufirma beginnt Marko nach dem Ableisten der Sozialstunden. Nach anfänglichen Unpünktlichkeiten arbeitet er sich gut ein. Er ist motiviert, einsatzbereit und passt gut in das Team. Er kann mit den klaren Ansagen der Kollegen gut umgehen, überzeugt mit seiner zurückhaltenden Art und seinen handwerklichen Talenten. Direkt nach dem Praktikum wird Marko übernommen und arbeitet seitdem als Bauhelfer.

Auch die Situation zu Hause entspannt sich. Marko trinkt weniger Alkohol, verbringt weniger Zeit am Computer. Statt vor der familiären Verantwortung zu fliehen, wächst er in die Rolle des Partners und Familienvaters hinein. Der Kontakt zum ISA-Mitarbeiter wird noch eine Weile aufrechterhalten, um einen möglichen Rückfall in alte Verhaltensmuster auszuschließen. Doch kein Grund zur Sorge: Marko hat seinen Weg gefunden.

05|02 ISA – Integration statt Ausgrenzung vom Europazentrum Brandenburg-Berlin des eRFV e.V.

Das Projekt ISA – Integration statt Ausgrenzung ist in den brandenburgischen Landkreisen Barnim und Uckermark aktiv. Träger des Projekts ist das Europazentrum Brandenburg-Berlin (EZBB). Das EZBB hat seit seiner Gründung im Jahr 2004 als anerkannte Bildungsstätte der Bundeszentrale für politische Bildung in mehr als 400 Seminaren und Workshops über 6000 Teilnehmer/innen zu den unterschiedlichsten Themen weitergebildet. Der Trägerverein des EZBB ist der europäische Regionale Förderverein e.V. (eRFV) mit Sitz in Pinnow (Uckermark). Das Projekt ISA ist neben dem Hauptstandort in Pinnow in den Außenstellen des Vereins in Eberwalde (Landkreis Barnim) und in Schwedt (Landkreis Uckermark) vertreten.

Auftrag und Arbeitsweise des Projekts ISA

Die konkrete Idee zum ISA-Projekt entstand aus dem EZBB-Projekt „Kompetenzzentrum gegen Extremismus und Gewalt“, das sich mit der ehrenamtlichen Betreuung von gefährdeten bzw. auffälligen Jugendlichen im ländlichen Raum befasste. Die ehrenamtlichen Jugendbegleiter/innen unterstützten Jugendliche in persönlichen Problemlagen und machten dabei wiederholt Erfahrungen mit rechtsextremen Teilnehmer/innen, die sie als „semiprofessionelle“ Berater/innen gelegentlich überforderten.

Das XENOS-Sonderprogramm bot erstmals die Möglichkeit, die in der Seminar- und Projektarbeit des EZBB festgestellten Bedürfnisse der Jugendlichen mit den arbeitsmarktbezogenen Integrationserfahrungen und Kompetenzen des Trägervereins eRFV zu verknüpfen. Der eRFV verfügte durch Maßnahmen im Bereich des Sozialgesetzbuchs II über vielfältige Erfahrungen bei der Beratung und Arbeitsmarktintegration von potenziellen ISA-Zielgruppen.

Das erklärte Ziel des ISA-Projektes ist, durch aufsuchende Einzelansprachen in der rechtsextremen Szene und in deren Umfeld potenzielle Aussteiger/innen zu finden, ihren Ausstiegswillen zu festigen und die weitere Entwicklung und

berufliche Integration der Teilnehmenden durch ein individuell gestaltetes, arbeitsmarktlisch orientiertes, soziales und pädagogisches Maßnahmenpaket zu begleiten. Außerdem wird Angehörigen Beratung im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen angeboten. Demnach sind die Zielgruppen der ISA-Angebote rechtsaffine Jugendliche, rechtsextreme Jugendliche mit Ausstiegsbereitschaft, deren Eltern und Angehörige sowie Einrichtungen der Jugendbildung und -sozialarbeit, Ämter und Behörden. In der Betreuungs- und Beratungsarbeit werden neben der Auseinandersetzung mit den aktuell relevanten Problemlagen stets auch die Biographie und das familiäre Umfeld der Teilnehmenden thematisiert, damit diese Rückschlüsse ziehen und die Ursachen für ihre eigene Situation erkennen.

Das ISA-Team setzt sich aus erfahrenen Sozialarbeiter/innen und Projektmitarbeiter/innen des Trägers sowie aus externen Expert/innen und Berater/innen zusammen. Die Pflege und Einbindung in regionale Netzwerke der Jugendbildung und -sozialarbeit sowie der Arbeitsmarkttakteure nehmen eine wichtige Rolle bei der Gewinnung und erfolgreichen Vermittlung von Teilnehmenden ein. Das ISA-Team hat zu Projektbeginn viele der vorhandenen Netzwerkpartner des EZBB und des eRFV für die Projektinhalte sensibilisieren und für eine Zusammenarbeit gewinnen können. Außerdem wurden weitere Kooperationspartner wie Jobcenter, soziale Beratungsstellen und Jugendgerichtshilfen akquiriert.

Für die konzeptionelle Entwicklung des Projekts und zur Beratung des Teams steht über die gesamte Projektlaufzeit Dr. Renate Haas vom Berliner Institut für Kulturanalyse e.V. als wissenschaftliche Begleitung zur Verfügung. Monatliche Arbeitstreffen sichern eine kontinuierliche Reflektion und Auswertung der Projektaktivitäten, eine gegebenenfalls erforderliche Anpassung des Konzepts und die praxisorientierte Weiterqualifizierung des ISA-Teams.

Kontakt

Projekt „ISA – Integration“

Europazentrum Brandenburg-Berlin des eRFV e.V.

TGZ 8b

16278 Pinnow

Internet: www.europazentrumbb.de



05|03 Wie Mark vom „rechten“ Pfad abkam



Beispielhaft für die vom Projekt „JUMP!“ geleistete sozialraumorientierte Arbeit in den ländlich geprägten Regionen des Flächenlandes Mecklenburg-Vorpommern ist der Fall des 24 Jahre alten Mark (Namen geändert). Er wird seit zwei Jahren von der Ausstiegsbegleitung betreut.

Ein Kooperationspartner wies die Mitarbeiter/innen des Projekts „JUMP!“ auf einen auffälligen Jugendlichen aus einer Demminer Berufsbildungsstätte (Orte geändert) hin. Ein Mitarbeiter besuchte daraufhin die angegliederte Werkstatt und überzeugte den damals 22-Jährigen von einem ausführlicheren Gespräch auf dem Demminer Marktplatz. Bei dem Gespräch ging es vor allem um Marks laufende Ausbildung als Teilezurichter und um seine Familie. Rechtsradikale Themen wurden mit Mark, der in einem T-Shirt mit Hitler-Aufdruck erschien, nicht besprochen.

Das dritte Treffen fand in der 56-Quadratmeter-Wohnung der Mutter statt. Im Flur präsentierte Mark stolz seine schwarzen Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln und ein Feuerzeug, auf dem der Reichsadler über einem Hakenkreuz thront. Sein Zimmer war sehr klein, überall lagen Kleidung und CDs herum, außerdem eine Reichskriegsflagge. Mark war offensichtlich süchtig nach seinem Computer, nach Tabak und in Ansätzen auch nach Alkohol. In einem langen Gespräch erzählte Mark dem JUMP!-Mitarbeiter, dass er praktisch ohne eine dauerhaft anwesende Vaterfigur aufgewachsen sei. Sein leiblicher Vater erhängte sich nach dem Versuch, Mark im Alter von drei Jahren mit einem Kissen zu ersticken. Der folgende Stiefvater starb an einer Leberzirrhose, der danach folgende blieb auch nicht lange. Demütigung, Unterordnung, häusliche Gewalt, sexueller Missbrauch und Schutzlosigkeit gehörten zu Marks Kindheitserfahrungen. Der dritte Stiefvater war trockener Alkoholiker und seit einigen Jahren eine emotionale und lebenspraktische

Stütze für Mark gewesen. Die gewachsene vertrauensvolle Beziehung zwischen den beiden drückte sich beispielsweise in liebevollen Gesten wie einem Begrüßungskuss und scherzhaften Bemerkungen aus.

Das Verhältnis zur alkoholkranken Mutter war geprägt von Vorhaltungen, Abwertungen, Überforderung und allgemeiner Rat- und Hilflosigkeit. Die Erzählungen der Mutter machten erstmals deutlich, wie intensiv der Kontakt Marks zur örtlichen rechten Szene war. Laut der Mutter kamen oft Kameraden in die Wohnung, die rechte Musik hörten, stundenlang diskutierten und ihre Privatsphäre nicht respektierten. Regelmäßig sei die Polizei wegen Ruhestörung vorbeigekommen.

Mark erzählte beim dritten Treffen stolz von der Bandbreite seiner Aktivitäten bei den Autonomen Nationalisten. Er sei unter anderem an Klebeaktionen sowie an einem NPD-Infostand beteiligt gewesen. NPD-Mitglied sei er jedoch nicht geworden. Er begleitete seine Kameraden zu einem Überfall auf den örtlichen Jugendclub, woraufhin er wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung, Sachbeschädigung und Volksverhetzung vorgeladen wurde. Im Gerichtsverfahren sei er freigesprochen worden, weil seine Kameraden zu seinen Gunsten ausgesagt hätten. In einem späteren Gespräch sagte er hingegen, dass die Anklage fallengelassen worden sei, weil der Kläger ihn nicht als Täter angesehen und die Anzeige zurückgezogen hatte.

Im Juni 2010, nach einer ausführlichen Kennenlernphase, erklärte Mark per Unterschrift seinen ausdrücklichen Ausstiegswillen in Verbindung mit persönlichen Zielsetzungen, die insbesondere seine Wohnsituation und seine berufliche Perspektive betrafen. Nach seinem qualifizierten Hauptschulabschluss absolvierte Mark zehn Monate lang eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme im Berufsfeld Metall, die er mit Erfolg abschloss. Die überbetriebliche Ausbildung zum Teilezurichter in der Bildungsstätte Demmin, die er bereits vor Beginn der Ausstiegsbegleitung angefangen hatte, setzte er fort.

Als die Abschlussprüfung vor der Industrie- und Handelskammer anstand, suchte sich Mark mit Hilfe des Case Managers eine eigene Wohnung. Der Lebensgefährte von Marks Mutter half beim Umzug und Marks Großmutter unterstützte ihn finanziell. Diesen Schritt in die Eigenständigkeit verband Mark mit einer selbstinitiierten Distanzierung von den Kameraden, um sich möglichst unabgelenkt auf die Prüfung vorbereiten zu können. Er bestand

mit einer befriedigenden Gesamtnote, seine Stärken lagen im computergestützten und praktischen Teil.

Für den weiteren Vertrauensaufbau nutzte der JUMP!-Mitarbeiter seine Trainertätigkeit im Bogensport und bekam so neben dem persönlichen auch einen sportpädagogischen Zugang zu Mark. Mark nahm das Angebot dankbar an und entwickelte sich zu einem passablen Bogner. Bei einem Besuch in einem Slawendorf-Freilichtmuseum thematisierte der Mitarbeiter den von Rechtsextremen gern betonten angeblichen Ursprung des „einzig wahren deutschen Volkes“ im Heiden- und Germanentum. Eine gemeinsame Tour nach Berlin, die auf multikulturelle Erfahrungen abzielte, festigte die Beziehung zwischen Mark und seinem Betreuer.

Auch auf der beruflichen Ebene ging es voran. Durch Kontakte seines Betreuers wurde Mark in die Datenbank der örtlichen Zeitarbeitsfirma aufgenommen. Die Zeit bis zum ersten Arbeitseinsatz überbrückte Mark mit einem Praktikum bei einem Unternehmen für Entkernungsarbeiten, das auch der Betreuer vermittelte. Diese körperlich sehr fordernde Arbeit hielt Mark einige Wochen diszipliniert durch, bevor er zu einer Demminer Firma für Bühnenaufbau wechselte. Für die Zeitarbeitsfirma arbeitete Mark schließlich drei Monate in Österreich und Italien als Monteur für Solaranlagen, bis er zu Weihnachten zu seiner Familie zurückkehrte und den Job abbrach. Ein angebotener Callcenter-Job kam nicht in Frage.

Marks Betreuer vermittelte ihn in eine stationäre Maßnahme für Jugendliche mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen in Neukloster. Mit dem Ortswechsel ließ Mark seine Kameraden, die Autonomen Nationalisten, hinter sich. Die Kontakte waren ohnehin immer sporadischer geworden. In und um Neukloster machte Mark ein Jahr lang zahlreiche Praktika, u.a. in einer Werft und in der Metallverarbeitung.

In zahlreichen Gesprächen sprachen der Betreuer und der Case Manager mit Mark über seine rechtsextreme Vergangenheit und die rechte Ideologie. Bestimmte gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen waren durch seinen neuen Mitbewohner Nick in Neukloster wieder angeregt und gestützt worden. Der Case Manager konnte schließlich bei Mark und seinem neugewonnenen „ideologischen Mentor“ Nick Einstellungsmuster abklopfen und diese teils erneut oder erstmalig irritieren. In einem fast schon rituellen Akt

entledigte sich Mark eines Großteils seiner rechtsextremen Devotionalien und Kleidungsstücke. Für die abgegebene Kleidung erhielt er neue Kleidungsstücke im Rahmen einer Pauschale.

Eine räumliche Trennung wurde am Ende der stationären Maßnahme durch einen Umzug nach Parchim erreicht. Dort hatte Mark einen Termin beim Jobcenter – was die JUMP!-Mitarbeiter nicht wussten – bei dem er eine Eingliederungsvereinbarung unterschrieb, an die er sich nicht hielt. Es folgten Leistungskürzungen, die Mark zu Jahresbeginn 2011 in eine finanzielle Notlage brachten. Die JUMP!-Mitarbeiter begleiteten Mark zu zwei Terminen im Jobcenter und konnten so einiges an Härte aus der Situation nehmen. Als klar wurde, dass Marks Integration in den Arbeitsmarkt noch dauern würde, wurde ihm seitens des Jobcenters eine Fallmanagerin zugewiesen. Schließlich wurde Mark in eine neue, tagesstrukturierende Maßnahme in Parchim vermittelt, die zwar keine beruflichen, aber private Verbesserungen mit sich brachte.

In seiner neuen Umgebung hat sich Mark mittlerweile eingelebt. Nach zwei Jahren hat er erstmals wieder eine funktionierende szenefremde Freundschaft. Sein neuer Freund Steve gibt ihm den alltäglichen Halt, den die JUMP!-Mitarbeiter unter anderem wegen der großen räumlichen Distanz nicht immer gewährleisten können. Selbst der Kontakt zu einer jungen Frau gelang Mark über die neue Maßnahme. Nach langer Zeit hat Mark wieder nicht nur Online-Bekanntschaften aus diversen Computerspielen, sondern auch reale Freundschaften.

Alle zwei Monate erheben die JUMP!-Mitarbeiter, inwiefern Mark Fort- oder Rückschritte auf dem Weg weg von rechtsradikalen Personen, Positionen und Anreizen macht. Mark verortet sich dabei selbst auf einer eigens entwickelten Skala des erreichten Distanzierungsgrades von 0 (= größtmögliche Nähe zur Szene/zum Gedankengut) bis 10 (= größtmögliche Entfernung von der Szene/dem Gedankengut). Anschließend werden in einem Gespräch von Mark eventuell zuvor nicht angesprochene Kernelemente des Rechtsextremismus bzw. der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit angesprochen. Außerdem werden grundsätzliche Situationen, die Mark ein moralisches Urteil abverlangen, diskutiert. Veränderungen in der Begründung der getroffenen Urteile werden als Indikator für eine zunehmende ideologische Distanz herangezogen.

Nach bisher zwei Jahren, in denen Mark bei seinem Ausstieg aus der Szene und dem Dickicht rechtsextremer Weltanschauung begleitet worden ist, lassen sich zwei Meilensteine hervorheben. Mark hat sich von seinen ehemaligen Kameraden losgesagt und sich auch eigenständig von ihnen gelöst. Er hat neue Freund- und Bekanntschaften außerhalb rechtsextremer Gruppierungen gefunden. Seine rechte ideologische Standfestigkeit verliert an Boden. Er engagiert sich im Tierschutz. Auch wenn Mark sicher noch nicht am Ende seines Weges aus dem Rechtsextremismus ist, so hat er doch an den ersten Gabelungen richtungsweisende Entscheidungen getroffen und daraus Kraft geschöpft für das, was noch vor ihm liegt.

05|03 Projekt „JUMP!“ – Wage den Sprung

Das Projekt „JUMP!“ ist ein Gemeinschaftsprojekt des CJD Elze und des CJD Waren (Müritz). Es wird im Landkreis Hildesheim (Niedersachsen) und den sechs Landkreisen und zwei kreisfreien Städten in Mecklenburg-Vorpommern seit Oktober 2009 durchgeführt.

Das Projekt richtet sich zum einen an junge Menschen, die bereit sind, ihr rechtsextremes Lebensumfeld zu verlassen und sich beruflich und sozial neu in die Gesellschaft zu integrieren. Zum anderen sollen Multiplikator/innen wie z.B. Schulsozialarbeiter/innen und Lehrer/innen angesprochen werden, die in ihrem Alltag mit rechtsaffinen Jugendlichen zu tun haben.

Ziel des Projektes ist es auf der einen Seite, in den genannten Regionen Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu leisten sowie Toleranz und Demokratiebewusstsein zu stärken. Auf der anderen Seite sollen ausstiegswilligen jungen Menschen Chancen eröffnet werden, ein selbstbestimmtes Leben in einer demokratischen Gesellschaft zu führen. Um diese Ziele zu erreichen, fokussiert sich das Projekt auf die zwei Arbeitsbereiche Mobile Beratung und Case Management.

Mobile Beratung

Das Team der mobilen Beratung führt an Schulen, in Vereinen und anderen Organisationen bedarfsorientierte Workshops und Seminare zu den Themenfeldern Rechtsextremismus und Demokratie durch. Die Präventionsarbeit in der Region soll mittels eines breiten Themenspektrums unterstützt und vorgebracht werden. Dabei ist es den Projektmitarbeiter/innen wichtig, den Teilnehmer/innen aktuelle Handlungshilfen und Informationsmaterialien zur Verfügung zu stellen, sodass diese selbst als Multiplikator/innen in ihrem Umfeld wirken können. Außerdem sollen Fachkräfte im Umgang mit rechtsorientierten und rechtsextremen Jugendlichen unterstützt und begleitend beraten werden. Auf diese Weise können bei diesen Jugendlichen Zweifel an ihrer Ideologie gesät, Ausstiegswillige frühzeitig erkannt und an das Projekt weitervermittelt werden. Zum Selbstverständnis der Projektarbeit gehört es auch, Erfahrungen mit Kolleg/innen auszutauschen und eine weitreichende Vernetzung aller auf diesem Gebiet Aktiven zu bewirken.

Case Management

Beim Case Management steht die Arbeit mit der einzelnen ausstiegswilligen Person (im Alter von 15 bis 24 Jahren) im Vordergrund. Ziel ist es, Eigenständigkeit, Selbstvertrauen und Selbstmanagement zu fördern, damit der/die Aussteigende sich nachhaltig von der rechten Szene distanzieren kann. Dieser Distanzierungsprozess wird, begleitet vom Case Manager, dokumentiert und ausgewertet, indem die Teilnehmer/innen regelmäßig eine Selbsteinschätzung abliefern, die eine intensive ideologische Auseinandersetzung nach sich zieht. Dies wird ergänzt durch Diskussionen über Situationen, die den Teilnehmer/innen moralische Urteile abverlangen. Da die ausstiegswillige Person ihr Denken und Handeln in der Regel als subjektiv richtig und sinnvoll erachtet, müssen ihr langfristig angemessene Alternativangebote aufgezeigt werden, die sie als mindestens ebenso sinnstiftend empfindet. Neben der Ich-Stärkung gilt es, die berufliche Qualifikation und die Arbeitsmarktintegration voranzutreiben, sodass der/die Teilnehmer/in sowohl sozial als auch beruflich in der Gesellschaft Fuß fasst. Die Unterstützung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfolgt dabei nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Angebote der Case Manager umfassen u.a. die Förderung sozialer und beruflicher Kompetenzen, die Vermittlung in Qualifizierungsmaßnahmen, bedarfsgerechte Familienarbeit sowie freizeitpädagogische Maßnahmen.

Kontakt

Kostenlose Hotline für Aussteiger/innen: 0800 565780056

E-Mail: kontakt@projekt-jump.de / Internet: www.projekt-jump.de

Kontaktstelle Mecklenburg-Vorpommern:

CJD Waren (Müritz), Projekt JUMP!

Otto-Intze-Straße 1, 17192 Waren (Müritz)

Tel.: 03991 6732 19 / Fax: 03991 6732 15

E-Mail: waren@projekt-jump.de / Internet: www.cjd-waren.de

Kontaktstelle Landkreis Hildesheim:

CJD Elze, Projekt JUMP!

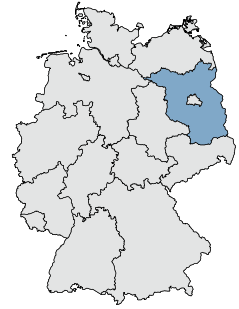
Bahnhofstraße 43, 31008 Elze

Tel.: 05068 93108 16 / Fax: 05068 93108 14

E-Mail: elze@projekt-jump.de / Internet: www.cjd-elze.de



05|04 Der Fall Martin C. – ein langer Umweg in der sozialraum-orientierten Arbeit



Martin C. (alle Namen und Orte geändert) ist dem AIB e.V. bereits seit 2008 von einer Arbeitsmarktmaßnahme bekannt. Der heute 22-jährige, schwerkranke junge Mann war damals an rechtsradikalen Ausschreitungen beteiligt, was ihm eine mehrjährige Bewährungsstrafe einbrachte. Zu Beginn der Beratung schien es keine Anknüpfungspunkte zu geben. Martin war extrem aktiv in der rechten Szene, was zum Vermittlungshemmnis bei Arbeitsmarktmaßnahmen wurde. Schließlich machte Martin mehrere Jahre lang eine Kur in Cottbus, in deren Rahmen er seinen Hauptschulabschluss nachholte. Bei der Erstberatung bei „hercules pro“ erschien Martin mit einem T-Shirt mit eindeutigen rechten Symbolen. Bevor die Beratung weitergehen konnte, erlitt Martin einen Krankheitsrückfall und war daraufhin oft abwesend.

Über eine Klientin gelang es schließlich, einen konstanten Kontakt zu Martin herzustellen. Der Klientin war von den Projektmitarbeiter/innen mehrmals bei unterschiedlichen Problemen geholfen worden. Sie war Martins Freundin und die Mutter des zweiten Kindes von Martin – und nebenbei die beste Freundin der Ex-Freundin und Mutter des ersten Kindes von Martin. Die AIB-Mitarbeiter/innen besorgten dieser Frau einen Arbeitsplatz und betreuten sie über eine lange Zeit. Schließlich nahm die Frau eine AIB-Mitarbeiterin mit nach Hause und stellte sie ihrem Freund Martin vor. Plötzlich ließ er sich helfen. Zunächst ging es um das erste Kind, zu dem er eine enge Bindung aufgebaut hatte. Aufgrund der Trennung wurden die vereinbarten Besuchszeiten durch die leibliche Mutter eher unregelmäßig und selten gewährt. Dann half der AIB bei Martins anderen Problemen, u.a. bei der Unterhaltungsfrage, bei Sanktionen durch den Jobcenter, beim Umzug in eine gemeinsame Wohnung, bei der Ausstattung des Kindes und beim Umgang mit der neuen Familiensituation.

Als Choleriker war Martin im Jobcenter gefürchtet und als aggressiv und aufbrausend bekannt. Eine Zusammenarbeit erschien schwierig, da die Mitarbeiter/innen des Jobcenters nur unter der Bedingung eines „anderen Tons“ mit Martin sprechen wollten. Dank des hervorragenden Arbeitsklimas innerhalb des AIB klappte es relativ gut mit Martins Supervision. Mit der klassischen Lernerfahrungsmethode gelang es einer AIB-Mitarbeiterin, Martin „jobcenterbereit“ zu machen. Er erschien schließlich zum Beratungsgespräch mit seiner Patchwork-Familie – im neutralen Outfit. Das Gespräch verlief ausnahmsweise erfolgreich.

In der Familie von Martin herrschte weiterhin Chaos. Zeitweise musste sich seine Freundin um drei Kinder kümmern, während Martin mit seinen Freunden ausging. Da das Selbstbewusstsein der Freundin durch die AIB-Betreuung gestärkt war, wollte sie die Beziehung mit Martin beenden – bis der sich, unterstützt durch den AIB, entschuldigte und versuchte, sich zu bessern. Auch einen Arbeitsplatz hat Martin inzwischen gefunden. Das Jobcenter hatte zwischenzeitlich seine Zahlungen eingestellt, fast wurde Martins Wohnung wegen Mietrückständen geräumt, die auf Zahlungsrückständen öffentlicher Stellen basierten. Die Familienberaterin half durch diese schwierigen Zeiten finanzieller Entbehrungen.

Die Betreuung von Martin ist noch nicht abgeschlossen, auch, weil er immer noch auf Bewährung ist. Ein wirksamer Ausstieg gelingt nur, wenn der/die Aussteigende gelernt hat, mit Krisensituationen anders umzugehen als bisher. Eine effektive sozialraumorientierte Soziale Arbeit ist nur möglich, wenn sie über einen langen Zeitraum geschehen kann. Vertrauen baut sich nur langsam auf. Auch Veränderungen im Quartiersmanagement, in den Jobcentern und bei anderen Sozialpartnern sind immer nur langfristig wirksam und spürbar. Netzwerke sind nur auf langfristiger Basis aufbaubar. Wenn „hercules pro“ sich mit anderen Sozialpartnern vernetzen will, fragen diese immer nach der Projektlaufzeit: „Lohnt sich der Aufwand oder seid ihr bald nicht mehr da?“ Bei den Netzwerktreffen in den Regionen ist das auch immer eine spannende Frage: Wer ist da und wie lange noch? Das ist wichtig, denn Einzelfälle werden oft über Jahre betreut – und der Wechsel von Ansprechpartner/innen ist meist kontraproduktiv.

05|04 AIB e.V. – hercules pro

„Hallo, ich rufe an vom Jobcenter. Ich habe Ihnen den Denis vorbeigeschickt, schauen Sie sich mal seine Jacke an.“ – „Er war schon da. Sie haben alles richtig gemacht. Jetzt hat er eine neue, ist motiviert und möchte seine Lebenssituation verändern.“ So und ähnlich hören sich Telefongespräche beim Projekt „hercules pro“ an – wenn der Ausstiegsprozess eines Teilnehmers erfolgreich begonnen wurde.

Das Projekt „hercules pro“ soll ein bestehendes Netzwerk erweitern und den AIB (Verein für Arbeitsmarktintegration und Berufsförderung) e.V. dazu befähigen, Rechtsextremismus im sozialen Raum Potsdam und Umgebung (Landkreis Potsdam-Mittelmark) gezielt entgegenzutreten. Den Projektträgern des AIB waren bei ihren Arbeitsmarktmaßnahmen zunehmend rechtsextreme Teilnehmer/innen aufgefallen. Sie traten offen als Rechtsradikale auf und beanspruchten oft eine Führungsrolle unter den Teilnehmenden. Wie diesen Menschen entgegentreten? Aufgrund des Alters der AIB-Mitarbeitenden fiel es diesen immer schwerer, die Jugendlichen zu verstehen. Was bewegt sie, welche Probleme hindern sie, ihren Weg zu finden? Schließlich wurde das Projekt „hercules pro“ initiiert.

In den drei Jahren Projektlaufzeit ist es gelungen, in einigen Stadtteilen und Kleinstädten tief in die Wohnquartiere einzudringen und zu erfahren, wie die Menschen, die an den Arbeitsmarktmaßnahmen teilnehmen, leben. Diesen Weg gilt es zusammen mit den beteiligten Sozialpartnern fortzusetzen. Die Familienberaterin des Projekts wird innerhalb der Quartiere von den Hilfesuchenden weiterempfohlen. Das erleichtert den Zugang zu den Zielgruppen sehr. Auch die „harten Jungs“ haben sich so auf emotionale Gespräche eingelassen: „Jetzt habt ihr mich!“ schluckt Kevin (alle Namen geändert) tränenüberströmt, als er im Gespräch mit einer Projektmitarbeiterin den Tod seines Vaters aufarbeitet. „Nein, Kevin, du hast dich wieder. Deine Gefühle sind wieder da.“

Eine andere Erfahrung aus der Projektarbeit ist die, dass Rechtsradikale sehr mobil sind. Oft wandern große Gruppen Rechtsextremer aus dem ländlichen Brandenburg in den Speckgürtel von Berlin – nicht unbedingt freiwillig. Die

rechtsradikale Ideologie bleibt, die ländlichen Regionen bluten aus. Kleine regionale Projektträger mit Sozialraumorientierung können dann nur begrenzt gegen Rechtsextremismus vorgehen. Wer in Potsdam arbeitet oder gemeldet ist und an Fackelzügen teilnimmt, muss noch lange nicht in Potsdam wohnen. Da der AIB e.V. in mehreren Regionen tätig ist, kann er die „Wanderung“ Rechtsextremer gut verfolgen. Je mehr sie wandern, desto weniger greifen sozialraumorientierte Maßnahmen wie die von „hercules pro“.

Kontakt

Projekt „hercules pro“

Verein für Arbeitsmarktintegration und Berufsförderung – AIB – e.V.

Zum Jagenstein 3

14478 Potsdam

Ansprechpartner: Thomas Rübener

Tel./Fax: 0331 - 200 29 - 60/ - 69

E-Mail: info@verein-aib.de

Internet: www.verein-aib.de

06|01 Ausstieg aus dem Rechtsextremismus

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus innerhalb einer differenzierten Träger- und Projektlandschaft auf zivilgesellschaftlicher Ebene auf- und ausgebaut sowie professionalisiert worden. Gleichzeitig hat sich die rechtsextreme Szene gewandelt – vor allem in Bezug auf ihre Organisationsstruktur, ihre öffentlichen Auftritte, ihre verstärkte Mitgliederrekrutierung gerade bei jüngeren Menschen und ihr zunehmendes Gewaltpotential. Die demokratische Gesellschaft ist dauerhaft herausgefordert, sich diesen Entwicklungen zu stellen und kontinuierlich neue Strategien und Ansätze zu entwickeln, um erfolgreich gegen den Rechtsextremismus steuern zu können.

Ausstiegsarbeit ist neben präventiver Arbeit eine grundlegende Säule für die Eindämmung des Rechtsextremismus.

Die Unterstützung von Ausstiegswilligen bei der Herauslösung aus der rechtsextremen Szene und beim Aufbau eines Lebens jenseits von Ideologie, Gewalt und rechtem Aktionismus hat positive Folgen für die Zukunft der einzelnen Person. Auch die Gesellschaft profitiert auf verschiedenen Ebenen von Aussteiger/innen. Der Ausstieg von einzelnen Rechtsextremen kann zur Destabilisierung der rechten Szene beitragen und ist somit für die strategische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und die Grundverfasstheit einer demokratischen Gesellschaft entscheidend. Jeder einzelne Ausstieg ist daher ein Erfolg in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Szene.

Arbeit gegen Rechtsextremismus kann jedoch nur erfolgreich gelingen, wenn sie langfristig angelegt ist. Das gilt besonders für die Ausstiegsarbeit. Um Aussteiger/innen nachhaltig aus ihrem Umfeld herauszulösen, bedarf es langfristiger professioneller Begleitung. Kein/e Rechtsextremist/in steigt von heute auf morgen aus der Szene aus. Einem Ausstieg geht immer eine lange Auseinandersetzung mit Zweifeln an Ideologie und Idealen voraus. Auch der Prozess des Ausstiegs selbst kann Jahre dauern.

Grundsätzlich markiert der Ausstieg aus der rechtsextremen Szene einen Wendepunkt im Leben derjenigen, die sich dazu entschließen. Er ist oft ver-

bunden mit dem Wunsch nach persönlicher Sicherheit, Bildung und Arbeit, gesellschaftlicher Einbindung sowie der Suche nach einem neuen Weltbild, nach Sinn und Orientierung. Ausstieg bedeutet dabei die kritische Reflektion und Aufarbeitung sowie das erfolgreiche Infragestellen und Überwinden der bisherigen handlungs- und richtungsweisenden Ideologie. Dafür ist es unabdingbar, bisherige Bezugsgruppen, Parteien und große Teile des sozialen Umfelds zu verlassen – ein Prozess, der den Betroffenen die Mobilisierung all ihrer Ressourcen abverlangt und sie schnell an die Grenzen ihrer Möglichkeiten bringt, wenn kompetente Ansprechpartner/innen und konstante Bezugspunkte fehlen. Um dem entgegenzuwirken und die soziale und berufliche Integration der Aussteiger/innen zu fördern, ist eine professionelle Ausstiegsarbeit notwendig, die nur auf einer langfristig finanziell stabilen Grundlage geschehen kann.

Die im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ geförderten Ausstiegsprojekte konnten durch die Förderung ihre jeweiligen Arbeitsansätze auf- bzw. ausbauen. Die Projekte widmen sich den unterschiedlichen und oft sehr komplexen lebensweltlichen, sicherheitsrelevanten und ausstiegsbedingten Problemlagen und vermitteln individuelle Alternativentwürfe. Die Ausstiegsbegleitung ist in diesem Sinn nicht „klassisch“ präventiv, sondern eine Intervention mit einem schwerpunktabhängigen, generalpräventiven Ansatz hinsichtlich der Straffälligkeits- und Devianzvermeidung und des Gewaltverzichts. Die Gewichtung von präventivem und intervenierendem Ansatz ist bei den Projekten unterschiedlich. Auch die methodischen und konzeptionellen Arbeitsansätze der einzelnen Projekte weisen eine große Heterogenität auf. In den nachfolgenden Artikeln werden die unterschiedlichen Ansätze der Ausstiegsarbeit beispielhaft dargestellt.

06|02 EXIT-Deutschland

Als EXIT-Deutschland im Jahr 2000 durch den Diplom-Kriminalisten und ehemaligen Kriminaloberrat Bernd Wagner und den ehemaligen Berliner Neonaziführer Ingo Hasselbach ins Leben gerufen wurde, war sie die erste Ausstiegsinitiative für Rechtsradikale in der Bundesrepublik. Die Initiative wurde gegründet, weil man erkannt hatte, dass Rechtsextremist/innen, die mit dem Gedanken spielen, aus der Szene auszusteigen, diesen Schritt eher vollziehen, wenn sie Hilfe von außen signalisiert bekommen. Außerdem war es notwendig geworden, Ansätze zu entwickeln, die interventiv in die rechts-extreme Szene hineinwirken.

EXIT-Deutschland verfolgt mit seinem Ausstiegsprogramm eine Deradikalisierungsstrategie auf zwei Ebenen. Auf der einen Ebene gibt es den auf das Individuum abzielenden Ansatz, in dem es darum geht, die einzelne Person aus ideologischen und Gruppen- sowie Strukturkontexten herauszulösen. Die zweite Ebene ist der gesellschaftliche Ansatz, der darauf abzielt, die Szene in Geist und Tat durch den Ausstieg von Rechtsextremist/innen und deren Abwendung von demokratie- und menschenfeindlicher Gewalt zu destabilisieren.

Zusammen mit den Arbeitsbereichen Aktionsforschung, Situationsanalyse und Community Coaching des Zentrums Demokratische Kultur wird versucht, in das rechtsextreme Feld hineinzuwirken und ausstiegsorientierte Interventionen zu unternehmen. Dabei wird das soziale und familiäre Umfeld der Aussteigenden ebenso mit einbezogen wie kommunale und mediale Installationen. Damit soll die Einflusskraft von extremistischen Gruppen verringert werden. Den ehemaligen Verfechter/innen von Ideologien und politisch motivierter Gewalt sollen neue geistige und soziale Räume eröffnet werden.

In der Praxis arbeitet EXIT-Deutschland zumeist nachfrageorientiert. Auf die Arbeit von EXIT-Deutschland wird in zahlreichen Printmedien, Funk und Fernsehen, Internetauftritten und Fachportalen hingewiesen. Hinzu kommen zahlreiche Auftritte von Aussteiger/innen in Schulen, Jugendclubs und Kommunen, die einen persönlichen Kontakt vor Ort ermöglichen. Beraten und begleitet werden Ausstiegswillige sowie Eltern und Angehörige, deren

Kinder sich in extremistischen Szenen bewegen oder Gefahr laufen, in diese abzudriften.

Der Ausstieg ist dann vollzogen, wenn die den bisherigen Handlungen zugrunde liegende Ideologie überwunden ist. Damit ist der Ausstieg aus dem Rechtsextremismus mehr als das Verlassen einer Partei oder Gruppe, mehr als ein Wechsel der ästhetischen Ausdrucksformen, mehr als der Verzicht auf Gewalt. EXIT-Deutschland unterstützt und begleitet die Abkehr von rechtsradikaler Ideologie, Hass und Gewalt inklusive der Aufarbeitung begangener Straftaten und fördert die Hilfe zur Selbsthilfe bei der Suche nach Arbeit oder Ausbildung. EXIT-Deutschland arbeitet bundesweit, regional und fallbezogen mit Partnern vor Ort und anderen Stellen zusammen.

Ausgestiegene als Beratungshilfen

Bei der Ausstiegsarbeit erweist es sich als besonders hilfreich, bereits Ausgestiegene in die Beratungspraxis mit einzubeziehen. Von ihnen können in den Ausstiegsprozess einbezogene Familienangehörige aus erster Hand lernen, wie die extremistische Szene funktioniert. Vor allem erfahren sie von den Aussteiger/innen, auf welchen Wegen und mit welchen kommunikativen Techniken Ausstiegs motivationen provoziert und entwickelt werden können. Diese Gespräche sind fruchtbar, weil sie nicht auf der Ebene einer aufklärenden oder gar belehrenden Pädagogik geführt werden – die Ausgestiegenen wissen aus eigener Erfahrung, worüber sie reden. Es ist ihre Authentizität, die Angehörige und sogar potentielle Aussteiger/innen überzeugt. Ausgestiegene können Aussteigenden helfen und sie auf Gefährdungslagen und Probleme, die im Ausstiegsprozess auftreten können, hinweisen und sie beratend begleiten.

Hilfen und Beratung erfolgen bei EXIT-Deutschland im Viereck von professioneller Ausstiegsunterstützung, Familie, gesellschaftlichen Institutionen sowie Ausbildungs- und Arbeitsbetrieben. Ein Ausstieg kann nur erfolgreich gelingen, wenn diese Bereiche verantwortungsvoll zusammenarbeiten, mit dem Ziel, die Aussteigenden in die demokratische Gesellschaft zu integrieren. In der Praxis ist dies nicht immer gegeben. Während des Ausstiegsprozesses gilt es oft, einige Hürden zu überwinden. Verfolgungsdruck der Szene auf der einen Seite und bürokratische Hürden staatlicher Stellen sowie ein immer unsensibler werdender Umgang mit dem Datenschutz auf der anderen Seite

können Aussteiger/innen an den Rand dessen bringen, was psychisch, aber auch finanziell leistbar ist.

Generelle Probleme beim Ausstieg

Mit folgenden Problemen sind Aussteiger/innen aus der rechtsextremen Szene konfrontiert:

- 1. Bewältigung von Gefährdungslagen*
- 2. Sicherstellung der grundlegenden Existenzbedingungen (Wohnung, Ernährung, soziale Hilfen, gesundheitliche Aspekte, evtl. Suchtprobleme, ggf. Klärung des Schuldenstatus)*
- 3. Bewältigung der eigenen Vergangenheit, einschließlich begangener Straftaten*
- 4. Erarbeiten und Sichern von erfüllenden sozialen Beziehungen (neuer Freundeskreis, Suche eines neuen Partners, Wiederaufnahme des oft abgebrochenen Kontakts zur Herkunftsfamilie)*
- 5. Teilnahme am Arbeitsleben und am organisierten Lernen (Schule, Studium, Aus- und Weiterbildung)*
- 6. Bewältigung besonderer existentieller Lebenslagen aufgrund von konflikthafter Zusammenballung widriger, selbst- oder fremdverschuldeter Umstände, wie z.B. Gefängnisaufenthalte*

Der Grad der Probleme richtet sich nach dem Alter der aussteigenden Person und deren Verweildauer in der Szene, ihrer Einbindung in Strukturen und Hierarchien sowie nach der Ausrichtung der jeweiligen Szene (Partei, Freie Kameradschaft, Freie Kräfte wie Autonome Nationalisten oder andere militante Vereinigung wie Hammerskins etc.)

Sämtliche Probleme, die sich im Prozess des Ausstiegs ergeben können, treffen Frauen, insbesondere Frauen mit Kindern, in besonderer Weise.

Besondere Probleme beim Ausstieg von Frauen

Der Anteil von Frauen in der rechtsextremen Szene wird erfahrungsgemäß auf etwa 20 bis 30 Prozent geschätzt, wobei der Anteil innerhalb der einzelnen rechtsextremen Gruppen variiert. In völkischen Gruppen dürfte das Geschlechterverhältnis weitgehend ausgeglichen sein, denn im Zentrum der Organisation steht die Familie. In militanten Gruppen ist der Frauenanteil geringer. Die genannten Relationen gelten auch für den Anteil der Frauen in den von EXIT-Deutschland begleiteten Ausstiegsprozessen.

Die Einstiegsmotivationen von jungen Frauen unterscheiden sich im Wesentlichen nicht von denen junger Männer. Einsteiger/innen wünschen bzw. verfolgen beispielsweise Kameradschaft, Anerkennung, national(sozialistisch)e oder völkisch-germanische Gemeinschaft, Ausländerhass, antisemitische Einstellungen sowie politische Betätigung. Die Ausstiegsgründe von Frauen haben jedoch oft spezifisch etwas mit der Rolle der Frau und dem Familienbild zu tun.

In den vergangenen 20 Jahren haben sich rechtsextreme Frauen zuvor vorwiegend männlich dominierte Betätigungsfelder erschlossen, haben sich zunehmend politisiert, sind qualifizierter und treten selbstbewusster in Erscheinung. Sie wollen innerhalb rechtsextremer Strukturen als gleichberechtigte, aktive Kämpferinnen für „Volk und Vaterland“ neben den Männern anerkannt werden. Dabei versuchen sie – nicht einheitlich und mit unterschiedlichen Ansätzen und Begründungen –, das tradierte Rollenverständnis der Frau als Mutter und „Hüterin der Rasse“ durch Berufstätigkeit und politische Aktivität zu erweitern und ringen dabei um Akzeptanz als gleichberechtigte Partnerin.

Frauen können sich zwar in vielen Feldern der rechtsextremen Szene betätigen, sind jedoch immer auf die prinzipielle Zustimmung ihrer Männer angewiesen und haben sich in letzter Instanz dem Willen der Männer unterzuordnen. Wo Frauen sich jenseits der Akzeptanz des Mannes betätigen wollen, werden sie sehr schnell, konsequent und auch gewaltsam in die ihnen zugewiesenen Schranken verwiesen. In der Lebenswirklichkeit rechtsextremer Strukturen haben es Frauen mit einer strikten Hierarchie unter einer Dominanz der Männeridentität zu tun. Sie erleben klare Rollenzuschreibungen – wobei die Rolle der Frau klar abgewertet ist. Sexismus und Gewalt gegen Frauen innerhalb der Szene sind keine Ausnahmen. Eigenständiges

Denken wird mit Argwohn betrachtet, selbstständiges Handeln ausgebrems. Die Erwartung vieler Frauen, dass der Mann einen gleichwertigen Anteil am Familienleben erbringt, wird in der Regel enttäuscht. Aussteigerinnen berichten, dass die zahlreichen Aufgaben, die von ihnen erwartet wurden, sie häufig überforderten. Neben Haushalt und Kindererziehung leisten Frauen politische Arbeit in vielen Bereichen: Sie publizieren, organisieren Veranstaltungen, nehmen an Demonstrationen teil, bereiten Schulungen vor, arbeiten im Versandhandel, etc. Sie agieren vor allem im Hintergrund. Nur wenn es den Männern vorteilhaft erscheint, treten sie öffentlich auf. Ihre Arbeitsleistung wird von den Männern nicht nur gern in Anspruch genommen, sondern vielfach auch erwartet.

Frauen innerhalb rechtsextremer Strukturen können nur in diesen leben, solange sie nicht aufbegehren und sich in die ihnen zugewiesenen Rollen fügen oder diese selbst so vertreten, dass anderweitige Ansprüche und Wünsche gar nicht zum Tragen kommen. Bei der Kindererziehung müssen die Frauen dem rechtsextremen, nationalistischen Erziehungsmodell folgen. Erziehung von Kindern bedeutet demnach nicht die Förderung von Kompetenzen zur Ausbildung einer individuellen Persönlichkeit, sondern eine Erziehung zur Radikalität und Unterordnung unter die rechtextreme Ideologie und in hierarchische Strukturen. Bei abweichendem Verhalten der Kinder drohen teils gewaltsame Bestrafungen. Im Sinne einer Verwertungslogik werden Jungen auf ihre Rolle als politischer Soldat vorbereitet, Mädchen auf ihre Funktion für Reproduktion und Arterhaltung.

Weichen die Vorstellungen der Frau bezüglich des Familien- und/oder Frauenbildes zu stark von denen der Männer ab, ist das für die Frau oft ein Ausstiegsgrund – vor allem wenn der Mann Gewalt ausübt, besonders gegen die gemeinsamen Kinder. Innerhalb der Strukturen gibt es für die Frau keine Aussicht auf Veränderung, da eine offene Thematisierung von häuslicher Gewalt oder gar polizeiliche Anzeigen tabu sind.

Für Frauen und besonders für Frauen mit Kindern ergeben sich im Ausstiegsfall nicht nur die genannten multiplen Problemlagen in besonderer und verstärkter Weise, es gibt außerdem zusätzliche ausstiegshemmende Faktoren. Dazu zählen unter anderem teils gewaltsame psychische Einschüchterung, Zerstörung der Fluchtvoraussetzungen durch Sperren von Konten und Bewegungsmitteln sowie das Wegnehmen von Pässen, Ausweisen und Auto-

schlüsseln. Oft wird die Frau in sozialen Zusammenhängen isoliert, indem der Mann die Kinder aus dem Kindergarten nimmt, die Frau öffentlich diffamiert und die restlichen Familienmitglieder gegen die Frau aufhetzt. Diese Faktoren sind gängige Mittel, um Frauen, die die Szene verlassen wollen, einzuschüchtern und zu verhindern, dass sie sich aus dem Zugriffsbereich der Szene entfernen. Sofern eine Frau derartige Hindernisse überwunden hat – wobei sie auf Hilfe von außen nicht zählen kann, da staatliche Strukturen wie Ämter, Familienhilfen oder Polizei auf derartige Ausstiegsfälle nicht vorbereitet sind –, gilt es für sie, die in den Punkten 1 bis 5 genannten Schwierigkeiten selbstständig zu meistern.

Bestrafung und Verfolgung der Aussteigenden durch die rechtsextreme Szene

Sind die Bemühungen der Rechtsextremisten gescheitert, die ausstiegswillige Person am Verlassen der Szene zu hindern, und ist eine räumliche Distanz entstanden, setzt in der Regel eine Diffamierungskampagne in Personen-netzwerken, bei Treffen und in einschlägigen Internetforen ein. Generell wird Aussteiger/innen unterstellt, dass sie keine Bedeutung innerhalb der Szene gehabt hätten, sowieso nie hinter der „Sache“ gestanden hätten, gescheiterte Schläger und psychisch labile Existenzen seien, die nur von der Gnade der Rechten gelebt und sich daran erhöht hätten. Sie seien Psychopathen, die sich einen Raum für das Ausleben ihrer schädlichen und verräterischen Obsessionen gesucht hätten. Es sei nicht schade um sie, deswegen können und müssen sie zum Freiwild erklärt werden, so die Reaktion der rechten Szene. Eine ernsthaft geläuterte Rückkehr in den Rechtsextremismus ist umstritten. Es folgt ein Zyklus aus Drohungen, Diffamierungen und direkten körperlichen Angriffen, die bis auf eine Tötung hinauslaufen können. Den Aussteigenden wird mit allen erdenklichen Mitteln „klargemacht“, was es heißt, sie zu bestrafen: Anrufe, Drohkulissen in der Öffentlichkeit, Überfälle, Prügel, Folter und das Ansprechen und Bedrohen von Kontaktpersonen wie Arbeitgeber und Verwandte gehören ebenso dazu wie der Missbrauch der Identität der Aussteigenden, mit der dann Waren bestellt, Verträge abgeschlossen, Strom und Telefon abgestellt werden. Fahrzeuge werden manipuliert und auch Sprengmittel sind schon zum Einsatz gekommen.

Ausstieg, die Dissidenz in Geist und Tat, ist für die Rechten gleichbedeutend mit „Verrat an der Sache“, an der historischen Mission, der mit Feme, also



Wenn das Leben ein Fluss ist,
dann steh ich jetzt im Strudel.

Wenn der Strudel eine Quelle ist,
dann ist es vielleicht ein Anfang.

Wenn es der Anfang ist,
dann seh' ich
das Ende noch nicht.

Karen (32)
10 Jahre in der rechtsextremen Szene aktiv
Ausstieg 2009

©EXIT-Deutschland/Lebensbilder
All rights reserved.

Bestrafung, zu beantworten ist. Menschen, die des Ausstiegs verdächtig werden, werden bereits präventiv bestraft, um sie und andere von einem Ausstieg abzuschrecken. Abtrünnige sind laut den Rechten so zu bestrafen, dass sie den Ausstieg abbrechen oder für seine Vollendung büßen müssen. Gesundheit und Persönlichkeitsrechte wie Freiheit und Menschenwürde werden massiv verletzt bis hin zum Tod, der in Kauf genommen oder vorsätzlich begangen wird.

Die Art und Intensität der Feme richtet sich danach, in welchen Strukturen sich die betreffende Person befand und welchen Status sie innehatte. Entscheidend ist, wie lang und wie tief sie verstrickt war und dementsprechend über szeneeinternes Wissen verfügt, das sie bei polizeilichen Aussagen verraten könnte. So gibt es auch Personen, die nicht „bestraft“ werden, weil sie als unbedeutend eingestuft werden oder sich über eine tolerierte Legende aus der Bewegung entfernt haben. Andere Personen sind bedeutender und lösen in der Szene dauerhaft Stress und Hass aus. Ihr Ausstieg bedingt vielfältige Maßnahmen der Aufenthaltsermittlung sowie der Vorbereitung und Durchführung von Bestrafungshandlungen. Dazu gehören offene und legendierte Ermittlungen und Observationen bei und in Ämtern, Wohngebieten, Postfirmen, Polizei, Krankenkassen, Kindereinrichtungen, Schulen, medizinischen Einrichtungen, Einwohnermeldeämtern, KFZ-Zulassungsstellen, Handels- und Gewerberegister, Rentenversicherung, Handwerkerrollen, Arbeitsagenturen, Internet und Datenbanken. Die Rechten initiieren Veröffentlichungen im Internet, Schein-(Vermissten-)Anzeigen und Zivilrechtsklagen. Bei der Verfolgung werden überregionale Netzwerke und das Internet genutzt. Dieses Vorgehen kann dem einer polizeilichen Zielfahndergruppe entsprechen.

Äußerst problematisch kann es werden, wenn bei einer Aussteigerin mit Kindern der Kindesvater zur Szene gehört und auf offiziellen, juristischen Wegen ein Sorge- oder Umgangsrechts für sich reklamiert. Bislang gab es von der deutschen Justiz, der Polizei und den Verfassungsschutzdienststellen keine Antworten darauf, wie in diesem Falle die persönliche Sicherheit der Mutter gegen „Femehandlungen“ und ständige Bedrohungen gewährleistet werden kann. Außerdem ist fraglich, wie gegen die Kindeswohlgefährdung durch eine angestrebte Erziehung im Geiste des Nationalsozialismus unter dem Deckmantel der Vaterliebe und der Vaterrechte vorgegangen werden kann. Der Staat liefert derzeit keine Antwort darauf, wie die Rechte der Kin-

der, sich in demokratischer Freiheit und Würde und jenseits von Extremismus und Gewalt zu entwickeln, gesichert werden können.

Auch ohne diese extreme Form der Verfolgung haben Frauen mit Kindern erhöhte Schwierigkeiten im Ausstiegsprozess. Sie sind zu ständigem Misstrauen und zur sozialen Vorsicht verdammt und werden in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung beschnitten. Oft müssen sie sich selbst einschränken und im Versteck leben. Sie müssen ständig damit rechnen, angegriffen oder gestalked zu werden. Job und Ausbildung können nicht unbefangen gesucht und ausgeübt werden. Dadurch ist die Gefahr eines Hartz IV-Lebenslaufes groß. Öffentlich einsehbare Tätigkeiten mit Publikumsverkehr oder Medienkontakt sind nicht möglich. Auch Jobs in Kunst und Kultur, Gastronomie- und Eventbetrieben, medizinische Berufe und präsenzgebundene Tätigkeiten an Schulen und Ausbildungsstätten sind problematisch, wenn eine Bedrohungslage besteht.

Ein erhebliches Problem sind die hinterlassenen Informationen in den Computern und Akten der Arbeitsagenturen und Jugendämter, über die Verfolger und Gefährder Aufenthaltsorte und persönliche Umstände der Aussteiger/innen in Erfahrung bringen können. Der Daten- und Persönlichkeitsschutz ist somit ein wichtiges Thema im Ausstiegsprozess. Der Datenschutz betrifft auch die Kinder, in deren Schulakten keine Informationen über die Lebensumstände, die Zugehörigkeit zu rechtsextremen Strukturen und den Ausstieg stehen dürfen. Sonst werden Kinder stigmatisiert und gar gefährdet, weil sie in eine Haftungsgemeinschaft mit den Eltern gezwungen werden. Solche Fälle sind schwere Schläge gegen die Freiheitsrechte und gegen die Entwicklung der Kinder.

Mütter und auch (alleinerziehende) Väter haben bei einem Ausstieg mehrere Probleme im Umgang mit ihren Kindern und deren Erziehung zu bewältigen. Sie müssen erklären, warum es Trennungen gab, warum Verwandte in der rechtsextremen Szene zurückbleiben, warum es zu Lebenseinschränkungen durch Verfolgung und Gefährdung kommt, und sie müssen ein klares, nachvollziehbares Bild von sich selbst und ihrer Biografie vermitteln. Dabei ist nicht nur die Kommunikation mit den Kindern eine Herausforderung – sondern auch die Klärung dieser Umstände mit sich selbst. Das sind schwierige Unterfangen, bei denen Rat und Hilfen willkommen sind. Die eigene Rolle kann nicht als glanzvoll dargestellt werden, soll aber erfahrbar sein, ohne die Liebe

des Kindes zu verlieren. Besonders schwierig wird es, wenn Ausgestiegene im Gefängnis waren. Die Vergangenheit tritt beständig in die Gegenwart, aber sie soll die Zukunft nicht bestimmen. Besonders wichtig ist es, den Kindern mitzuteilen, warum Mutter oder Vater „rechts“ wurden und vor allem, warum sie diesen Weg verworfen haben.

Jede Lebenssituation hält für Ausgestiegene neue Probleme bereit, die sich aus der Vergangenheit ergeben. Wichtig ist, dass sie sich dieser Probleme bewusst werden und gezielt Lösungen erarbeiten. Es ist ein schlechter Ratgeber, sich treiben zu lassen. Eine innere Struktur im Rahmen der persönlichen Voraussetzungen ist entscheidend. EXIT-Deutschland setzt auf diese Kompetenzen und hilft, sie zu entwickeln. Arbeit mit EXIT-Deutschland ist aus der Sicht der Aussteigenden immer zuerst Arbeit an sich selbst. Aber gerade für Frauen ist die Lage nicht selten hoffnungslos, da Staat und Gesellschaft übergroße Hürden auftürmen. Nicht zu verzweifeln ist für diese Frauen und auch für EXIT-Deutschland ein ganz „einfaches“ Gebot der Stunde.

Kontakt

Projekt „EXIT-Deutschland“

Träger: ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

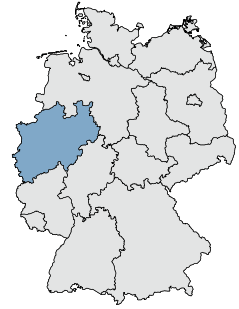
Postfach 76 01 12

10382 Berlin

E-Mail: info@exit-deutschland.de

Internet: www.exit-deutschland.de

06|03 Neustart in Nordrhein-Westfalen



Die Biographie von Jan S. ist in vielerlei Hinsicht typisch: Im Alter von 15 Jahren hat er zum ersten Mal losen Kontakt zur rechten Szene in seinem Heimatort in Schleswig-Holstein, anfangs noch locker, unorganisiert und unregelmäßig. Jan trifft sich mit den Rechtsradikalen zum Feiern, ohne politische Motivation. Der Kontakt intensiviert sich erst, als Jan – anders als die Auszubildenden vor ihm – von seinem Betrieb nicht unbefristet übernommen wird, sondern lediglich einen auf sechs Monate befristeten Vertrag erhält. Jan ist frustriert und trifft sich häufiger mit den Personen, die er aus der rechten Szene kennt. Sie hören ihm zu, zeigen Verständnis, sind für ihn da. Sie schimpfen auf den Staat, der seine Bürger nicht unterstützt und hetzen gegen Ausländer. Eine andere Bezugsperson als die Rechtsradikalen hat Jan nicht. Bis zum Alter von zehn Jahren lebte er mit seiner Mutter und seinem alkoholabhängigen Stiefvater, der ihn schlug, zusammen. Die überforderte Mutter schickte Jan in ein Kinderheim, in dem er bis zum Alter von 18 Jahren lebte, ohne eine neue Bezugsperson zu finden.

Nachdem er drei Monate bei seinem Ausbildungsbetrieb angestellt ist, geht Jan zur Bundeswehr und verpflichtet sich gleich für mehrere Jahre. In dieser Zeit ist er am Wochenende immer in seinem Heimatort und hat dort ständig Kontakt zur Szene. Als die Bundeswehr seine rechten Aktivitäten mitbekommt, hebt sie seine Verpflichtung auf. Jan darf nur den Grundwehrdienst absolvieren.

Der Einstieg in die Szene verläuft fließend. Jan ist auf der Suche nach einer Struktur in seinem Leben. Insgesamt ein Jahr ist Jan in einer Kameradschaft aktiv. Die NPD oder die Republikaner, so erzählt er, sind ihm nicht „radikal genug“. In der Kameradschaft macht er „Karriere“. Am Anfang klebt er Aufkleber, sprüht Parolen und Hakenkreuze. Er übernimmt immer mehr

Aufgaben, gehört schließlich zum Führungskader und koordiniert Aktionen. Mit der Zeit begeht er eine ganze Reihe an Straftaten: Körperverletzungen, Bedrohungen, Schusswaffengebrauch, Bandenschlägereien, Einbrüche und Autodiebstahl gehören dazu.

Jan trägt die Kleidung der Aktionsgruppe, hört rechte Musik, viel hartes, rockiges Zeug, da kann er gut mitbrüllen. Er hatte alles an rechter Musik, auch Liedermacher, insgesamt etwa 6000 Musiktitel. Er sagt, er sammelt diese CDs. Vorwiegend hört er Landser, Nordfront und Störkraft. In seiner Wohnung hängen Hakenkreuzfahnen und ein Hitlerportrait, er hat Orden, einen Stahlhelm und einen Nachdruck von „Mein Kampf“. Für Jan sind es Ausstellungsgegenstände mit der Faszination des Verbotenen. Als Schmuck trägt er den Thorhammer.

Innerhalb der Kameradschaft, so sagt Jan, findet er echte Freundschaften. Seine Freizeit verbringt er auf Konzerten, Dorffesten, beim Grillen, der Sonnenwendfeier und auf Demos mit seinen Kameraden. Er, der in seiner Kindheit nie politisch geprägt wurde, möchte den Staat und die Antifa gewaltsam zerschlagen. Ein neuer Staat mit einem Führer, ganz nach dem Vorbild von 1933, ist sein politisches Ziel. Demokratie ist das Feindbild. Für Jan gibt es nichts Wichtigeres, als den Nationalsozialismus wieder einzuführen.

Bei der Bundeswehr setzt sich Jan in Gesprächen mit anderen Soldaten mit seiner politischen Einstellung auseinander, stellt Fragen, bekommt Denkanstöße, diskutiert das Thema Krieg. Als seine Bundeswehrkarriere durch seine rechtsextremen Aktivitäten verhindert und seine Freundin schwanger wird, kehrt er „zurück in die Realität“, erzählt er rückblickend. Er will die rechte Szene verlassen, möchte seine Familie schützen und wünscht sich ein bürgerliches Leben. Er trennt sich von der Kameradschaft und teilt seinen rechten Freunden mit, dass er nichts mehr mit ihnen zu tun haben möchte. Kurz danach bekommt er eine Morddrohung, die er nicht ernst nimmt. Dann stehen fünf vermummte Gestalten vor seinem Haus. Er wendet sich an die Polizei und an den Berater in der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein. Ein ehemaliger Kamerad versucht, über die Beratungsstelle mit Jan Kontakt aufzunehmen, was dieser ablehnt, da er ihm nicht glaubt, dass er aussteigen will. Der Versuch, Jan an ein Aussteigerprogramm in Hamburg zu vermitteln, scheitert, weil man dort an seinem Ausstiegswillen zweifelt. Daraufhin meldet sich

der Berater bei dem Projekt „NinA“. Mit den Mitarbeiter/innen von „NinA“ bespricht Jan seinen Ausstiegswillen. Weil er von ehemaligen Kameraden bedroht wird, soll er umziehen und woanders arbeiten. Das staatliche Aussteigerprogramm des Landes NRW wird mit Jans Einverständnis als Kooperationspartner auf den Plan gerufen. Innerhalb von sieben Wochen zieht Jan mit seiner Familie um und bekommt einen neuen Arbeitsplatz in seinem erlernten Beruf.

Jans Einstellung zur rechten Ideologie und seine Weltanschauung haben sich komplett verändert. Die Zeit in der Kameradschaft empfindet er inzwischen als „unsinnig“, ihre politischen Ansichten kann er nicht mehr teilen. Als Nichtabiturient hat er mittlerweile sogar einen Studienplatz an einer Fernuniversität bekommen.

06 | 03 „NinA“ – Neue Wege in Ausbildung und Arbeit für ausstiegswillige Jugendliche und junge Erwachsene aus der rechten Szene

Der Verein RE/init e.V. entwickelt seit dem Jahr 1997 arbeitsmarktorientierte Projekte für Menschen in besonderen Lebenslagen, darunter das Projekt „NinA“. „NinA“ unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene beim Ausstieg aus der rechten Szene mit einem permanenten Beratungs- und Unterstützungsangebot, das auf die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmer/innen eingeht. Die Plattform www.ausstieg-zum-einstieg.de präsentiert das Projekt und ist sowohl für Ausstiegswillige als auch für Kooperationspartner eine Kontaktbörse.

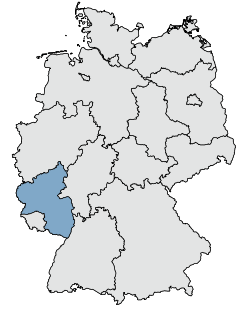
Das Projekt umfasst folgende Aktivitäten: individuelles Beratungs- und Unterstützungsangebot, Hilfe beim Ausstieg aus der rechten Szene, Klärung des Sicherheitsbedarfs und des lebensgeschichtlichen Hintergrunds, Hilfe bei der Alltagsbewältigung, Schaffung eines neuen Wohnumfeldes, Unterstützung bei Behördengängen, Besuchsangebot im persönlichen Umfeld (Familie, Schule, Arbeit etc.), Krisenintervention, soziale Neuorientierung, kulturelle Neuverortung (Eingliederung in neue gesellschaftliche Prozesse wie Vereine und Ehrenamt), ressourcenorientierte Kompetenzfeststellung, Angebot des Offenen Selbstlerncenters (Olec), Hilfe bei der Jobsuche und der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, berufsfeldspezifische Kenntnisvermittlung, Vermittlung in Praktika, Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit, Coaching im Ausbildungs- bzw. Arbeitsverlauf.

Kontakt

RE/init e.V.

Am Steintor 3
45657 Recklinghausen
Gerd Specht (Projektleitung)
Tel.: 02361 3021 - 150
Fax: 02361 3021444
E-Mail: nina.recklinghausen@reinit.de
Internet: www.ausstieg-zum-einstieg.de

06|04 Svens Weg



Sven ist 17 Jahre alt und wohnt mit seiner alleinerziehenden Mutter in einem kleinen Ort auf dem Land. Die Mutter erhält im Rahmen der Jugendhilfe Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand. In der Schule ist Sven ein Außenseiter, gilt bei Mitschülern und Lehrern als Eigenbrötler. Zwei Mitschüler mit türkischem Migrationshintergrund drangsalierten Sven ein Jahr lang in Pausen und auf dem Nachhauseweg, nennen ihn „Scheiss-Kartoffel“ – keiner seiner Mitschüler hilft Sven. Eines Tages schlugen drei Mitglieder einer regionalen rechten Kameradschaft Svens Peiniger an einer Bushaltestelle in die Flucht. Dies wird für Sven zum Schlüsselereignis: Sven sieht die Kameradschaft positiv, er wird zu Kameradschaftsabenden eingeladen, der Kontakt intensiviert sich. Irgendwann nimmt Sven sogar an einem „nationalen Trauermarsch“ teil. Sven beginnt, sich gegenüber seinem Erziehungsbeistand abfällig über Ausländer zu äußern und verwendet in der Kameradschaft übliche Begriffe wie „kulturfremd“, „Volkstod“ und „Sozialschmarotzer“.

Der Erziehungsbeistand erfährt im Rahmen einer Projektpräsentation im regionalen Jugendhilfeausschuss vom Projekt Rückwege und wendet sich an die Projektmitarbeiter/innen. Die Unterstützungsmöglichkeiten durch „Rückwege“ werden im Rahmen einer anonymisierten Fallbesprechung geklärt. Ein Projektmitarbeiter coacht den Erziehungsbeistand, wie er das Projekt bei Gesprächen mit Sven ins Spiel bringen kann, um ein erstes Treffen zu ermöglichen. Schließlich spricht der Erziehungsbeistand Sven provokant an: „Kannst du nur über Ausländer hetzen oder bist du auch so mutig, mit jemanden zu sprechen, der sich mit der Materie auskennt?“ Sven lässt sich auf ein erstes Treffen mit dem Rückwege-Mitarbeiter ein. In den ersten Minuten des Gesprächs ist auch der Erziehungsbeistand dabei, um Sven ein sicheres Gefühl zu geben. Dann beginnt ein vertrauliches Vier-Augen-Gespräch mit

dem Projektmitarbeiter. Dieser begegnet Sven wertschätzend, geht auf ihn und seine persönlichen Stärken und Wünsche ein: „Dass du dein Moped selbst repariert hast, zeigt dein technisches Geschick. Um deinem Traumberuf Mechatroniker näherzukommen, wäre es gut, wenn du die mittlere Reife machst. Wir können gemeinsam überlegen, wie das gehen kann.“ Sven werden verschiedene individuelle Angebote gemacht. Gleichzeitig werden auch die für die Zusammenarbeit wichtigen Regeln besprochen. Kommunikation auf Augenhöhe, Wertschätzung der Person, aber auch eine harte, teils konfrontative Haltung bei inhaltlichen Diskussionen sind die Grundlagen der Beratung. So wird Sven ein Gespräch über fremdenfeindliche Ansichten und darüber, was eine Demokratie ausmacht, angeboten. Gleichzeitig wird ihm die Möglichkeit gegeben, die für ihn wichtigen Themen bei zukünftigen Treffen einzubringen. Am Ende des ersten Gesprächs willigt Sven ein, sich alle drei Wochen mit dem Rückwege-Mitarbeiter zu treffen. Er ist neugierig auf neue Wege geworden.

Weiterer Verlauf und Ausblick

Nach einem halben Jahr besteht ein belastbares Verhältnis zwischen Sven und seinem Betreuer. Sven macht in einem Berufsschulzentrum seinen Realschulabschluss nach und absolviert ein Praktikum mit Aussicht auf einen Ausbildungsplatz in einem großen Autohaus der Region. Inzwischen findet er auch andere politische Richtungen interessant. Mit den Mitgliedern der Kameradschaft trifft er sich nur noch unregelmäßig, er will neue Leute kennenlernen. Der Rückwege-Betreuer versucht einen „Systemtausch“. Zusammen mit Sven besucht er einen Boxsportverein, der Sven eine neue soziale Heimat an Stelle der Kameradschaft bieten kann. Der Vereinsvorsitzende ist ein sozial engagiertes Gemeinderatsmitglied. Die Jugendarbeit geht über den rein leistungsbezogenen Sport weit hinaus. Der Landessportbund hat den Verein sogar mit einem Preis für multikulturelles Arbeiten ausgezeichnet. Sven möchte sich auch bei der Feuerwehr engagieren. Über den Landesbeauftragten der Jugendfeuerwehr werden in der Jugendarbeit erfahrene Ansprechpartner vor Ort eruiert.

Hilfreiche Methoden der intensiven Einzelfallarbeit

Eine Reihe spezifischer Methoden erweisen sich der Erfahrung der Projektträger nach als sehr hilfreich. Ein wichtiger Bestandteil der Rückwege-

Klientenarbeit ist die genaue Betrachtung, was gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Einzelfall bedeutet, und eine entsprechend differenzierte Betreuung. Sven beispielsweise fokussiert seinen Ausländerhass auf Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Er generalisiert nicht und kann mit Menschen mit anderem Hintergrund gut umgehen. Dadurch, dass seine Einstellungen genau betrachtet werden, fühlt sich Sven als Person wahr- und ernstgenommen und nicht wie so oft pauschal als „Nazi-Monster“ in eine ebenso vorurteilsgeladene Schublade gesteckt.

Der klientenzentrierte Ansatz ermöglicht Sven freie Diskussionen mit seinem Berater über Themen, die er selbst bestimmt. Er erlebt sich als selbstwirksam. Ebenso zielorientiert ist der Ansatz einer Kommunikation auf Augenhöhe. Sven merkt, dass er respektiert wird und schöpft Vertrauen zum Rückwege-Mitarbeiter.

Systemisches Arbeiten verbessert das Klientenverständnis und das Repertoire an Hilfsmöglichkeiten. In Svens Fall finden regelmäßige Hilfeplangespräche mit Sven selbst, seinen Eltern, seinem Erziehungsbeistand, einem ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst)-Mitarbeiter und dem Rückwege-Betreuer statt. Die Anwesenheit von Sven ist dabei wichtig, er kann im Hilfsprozess mitentscheiden. Entscheidungen und Kompromisse, für die Sven nicht wenigstens grundlegend motiviert ist, werden nicht getroffen. Nur im Falle von Svens Zustimmung ist seine aktive Mitwirkung gewährleistet.

Überregionale Netzwerke wie z.B. in Svens Fall der Landessportbund und der Landesjugendbeauftragte der Feuerwehr erschließen neue Perspektiven der Freizeitgestaltung und Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements.

Erlebnispädagogische Angebote unterstützen die Vertrauensbildung und professionelle Beziehungsarbeit: Bei einer Kajak-Fahrt sitzen Sven und sein Rückwege-Betreuer in einem Boot, müssen sich absprechen und meistern gemeinsam die Untiefen. Sven kann sich bei seinem Berater mit dem Anti-Aggressionsschläger Batacas abreagieren, wenn Reden nicht mehr hilft. Ein bewegendes Gespräch mit einem Aussteiger, der im Gefängnis von seinen eigenen rechten Kameraden verprügelt wurde, wird für Sven zum Aha-Erlebnis. Das ideologische Bild, das ihm die Kameradschaft predigt, bekommt immer mehr Risse.

Multimediale Angebote, z.B. das Video „Damals war alles besser“, zur kritischen Aufarbeitung der NS-Zeit oder als Argumentationshilfe gegen Stammtischparolen sprechen Svens Sprache und nutzen das Internet als ein ihm sehr vertrautes Kommunikationsmittel (siehe Internetplattform www.komplex-rlp.de).

06|04 Projekt Rückwege – Unterstützung beim Weg zurück in die Gesellschaft

Junge Menschen haben oft ein feines Gespür dafür, dass in ihrem unmittelbaren oder weiteren gesellschaftlichen Umfeld etwas nicht in Ordnung ist. Wenn sie dann dagegen protestieren, ist das der altersgemäße Versuch, für sich selbst Maßstäbe und Orientierungen zu entwickeln und auf die von ihnen empfundenen Missstände hinzuweisen. Nicht selten erleben sich Jugendliche und junge Erwachsene als chancenlos oder werden als Störenfriede und Unruhestifter stigmatisiert.

Dieses Erleben von Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt im persönlichen Umfeld kann, so wissen die Träger des Projekts Rückwege aus langjähriger Erfahrung in der sozialen Arbeit mit diesen jungen Menschen, zu rechtsextremen Tendenzen führen. Es kann Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit generieren oder verfestigen. Fehlt es jungen Menschen an Perspektiven und positiven Vorbildern, haben rechtsextreme Personen und Gruppen oftmals die Chance, diese Lücke zu füllen, wenn sie beispielsweise mit Anerkennung oder aktionsorientierten Angeboten werben.

Das Projekt Rückwege des Landesamts für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz will jungen Menschen, die auf der Schwelle zum Rechtsextremismus stehen, neue Wege und alternative Sichtweisen aufzeigen. Die Klient/innen werden motiviert, sich mit ihren Einstellungen auseinanderzusetzen und sich schlussendlich vom rechtem Gedankengut zu distanzieren. Gemeinsam mit ihnen werden neue berufliche und soziale Perspektiven erschlossen. Die jungen Menschen gewinnen durch erlebnispädagogische Maßnahmen sowie durch Kompetenztrainings ein neues Selbstwertgefühl, das es Ihnen ermöglicht, Herausforderungen auf legalem und sozial adäquatem Weg anzugehen.

Stellvertretend dafür steht ein Resümee eines Rückwege-Klienten zum Ende seines Betreuungsprozesses: „Mir wurde bewusst, wie viele Schwierigkeiten

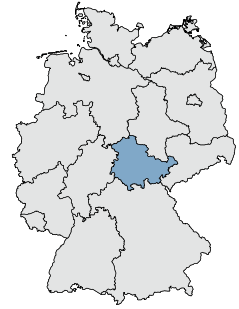
ich in meinem Leben schon selbst meistern kann. Ich weiß, dass ich was drauf habe. Dafür brauche ich keine Kameradschaft.“

Kontakt**Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz****Abt. Landesjugendamt****Projekt Rückwege**E-Mail: rueckwege@lsjv.rlp.de

Hotline (kostenlos und anonym): 0800 / 4546000

06|05

Bei den Beratungsgesprächen des „Thüringer Beratungsdienstes für Eltern, Kinder und Jugendliche – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt“ spielt Gewaltbereitschaft von Ausstiegswilligen eine große Rolle. Eine Ursache für den ausgeprägten Hang zur Gewalt liegt im rechtsextremen Gedankengut. Die Liedtexte rechtsextremer Gruppen schüren Vorurteile, enthemmen und haben einen langfristigen Einfluss, da sie sehr einprägsam sind. Die Auseinandersetzung mit solchen Liedtexten und auch mit der typischen Szenekleidung spielt bei den Beratungen immer wieder eine Rolle, wie auch die folgenden zwei Fallbeispiele zeigen.



„Ich habe denen doch nur einen Denkmittel verpasst“

Kevin O., 24 Jahre alt, bewegte sich seit seinem zwölften Lebensjahr in rechtsextremen Kreisen. Nach zwei gescheiterten Versuchen, sein Leben allein in den Griff zu bekommen und auszusteigen, wandte er sich an den Thüringer Beratungsdienst, dessen Mitarbeiter/innen er bereits aus seiner Zeit im Jugendarrest kannte.

Beratung Ende September 2011

Nachdem in den vergangenen Sitzungen vor allem die rechte Kleidung und die Tätowierungen von Kevin O. diskutiert wurden, soll nun seine gewalttätige Vergangenheit thematisiert werden. „Gewalt war das Wichtigste in der Szene“, so Kevin O. Dadurch wurde er akzeptiert. Er fand sich in dem gemeinsam gelebten Hass wieder. Insgesamt wurde der Jugendliche in den vergangenen neun Jahren zehn Mal wegen teilweise gefährlichen Körperverletzungen angezeigt. Vor den Straftaten hörte er nach eigener Aussage nahezu immer rechtsextreme Musik – ein typisches Muster. Eines seiner Lieblingslieder war „Blut muss fließen“ von der rechtsextremen Band „Tonstörung“, ein altes SA-Lied. Außerdem trank er mit seinen Kameraden reichlich Alkohol und redete über vermeintliche Missstände in Deutschland. Dadurch wurden scheinbare Gründe und potentielle Opfer für eine Gewalttat gesucht.

Die Berater des Projekts erarbeiten gemeinsam mit Kevin O. Details der Gefahren, die künftig wieder zu Gewaltdelikten führen könnten. Ausreden, die Straftäter/innen benutzen, um ihre Taten zu rechtfertigen, wurden gemeinsam aufgearbeitet und widerlegt. Die Ausreden, die der junge Mann bei

seinen Körperverletzungen benutzte, waren vielfältig. Er beschimpfte („Diese schmarotzenden Kanaken haben hier nichts zu suchen“), verharmloste die Tat („Ich hab denen doch nur einen Denkkzettel verpasst“), schob die Schuld auf andere („Die haben mich provoziert“) und sah seine Taten nur als Folge von Alkohol und Drogen. In dieser und den folgenden Sitzungen soll durch die Offenlegung der Ausreden und das Durchbrechen von Mustern einer zukünftigen Straffälligkeit vorgebeugt werden.

Beratung Ende April 2012, sieben Monate später

Kevin O. ist jetzt seit einem knappen Jahr straffrei. Er hat mehrere seiner einschlägig rechtsextremen und teilweise auch strafrechtlich relevanten Tätowierungen überstechen lassen. Sein äußeres Erscheinungsbild hat sich komplett verändert. Nach wie vor vertritt Kevin O. bei verschiedenen Themen Vorurteile und Stereotype. Vor allem rechtsextreme Lieder kreisen weiter in seinem Kopf. Er will auch zukünftig an der Beratung teilnehmen, um die rechtsextremen Ideologien komplett aus seinem Kopf verbannen zu können.

In naher Zukunft möchte er die Themen „Grundlage unseres Volkes ist die deutsche Familie“ und „Grundlage des Staates ist das Volk“ aus dem NPD-Wahlprogramm gemeinsam mit den Beratern thematisieren. Langfristig will sich der 24-jährige mit den Themen Ungleichwertigkeit, Judenhass und Führerprinzip auseinandersetzen.

„Er kann eben nicht Nein sagen“

Brigitte M. ist 47 Jahre alt und wohnt in einer kleinen Stadt in Nordthüringen. Vor zwei Jahren musste sie ihren Sohn von der Polizeistation abholen. Er war verhaftet worden, weil er die Symbole verfassungswidriger Organisationen öffentlich gezeigt hatte. Die Mutter signalisierte Unterstützungsbedarf, woraufhin die Polizei sie an den Thüringer Beratungsdienst verwies. Seither nimmt Brigitte M. ein- bis zweimal monatlich an Beratungen teil und besucht das monatliche Elterngruppentreffen.

Beratung Mitte April 2012

In den vergangenen Sitzungen wurde viel über Verantwortungsübernahme und Rechtfertigungsstrategien gesprochen. Brigitte M.s Sohn ist schon mehr-

fach strafrechtlich in Erscheinung getreten, unter anderem wegen Waffen- und Drogenbesitzes, des Zeigens von Symbolen verfassungswidriger Organisationen und Sachbeschädigung, weshalb er auch schon drei Wochen im Jugendarrest sowie mehrere Monate in Untersuchungshaft verbrachte. Sie tendierte dazu, ihren 19-jährigen Sohn dahingehend in Schutz zu nehmen, dass er „keine bösen Absichten“ habe und sich „eigentlich nur zu diesen Dummheiten überreden lässt“. Er könne eben nicht Nein sagen. Kontinuierlich erarbeiteten die Berater mit der Klientin, dass es sich bei den Taten des Sohnes nicht mehr um „Streiche“, sondern um Straftaten handelt, für die ihr Sohn die Verantwortung tragen muss. Außerdem wurde diskutiert, welche Konsequenzen es für den Sohn hat, dass Brigitte M. ihn immer wieder in Schutz nimmt und sich bei Richtern und Vorgesetzten für eine milde Strafe einsetzt. Sie erkannte, dass ihr Sohn die Notwendigkeit, seine Handlungsmuster zu verändern, durch ihr Inschutznehmen nicht mehr sieht.

Ein weiteres Thema der Beratung ist die rechtsextreme Kleidung des Sohnes. Zuletzt hatte der Sohn fast nur noch einschlägige Szenekleidung getragen, was bei der Mutter für Unbehagen sorgte, insbesondere wenn sie zusammen in der Öffentlichkeit unterwegs waren oder der Sohn sie bei der Arbeit besuchte. In den vorangegangenen Beratungen waren die Möglichkeiten geprüft worden, wie sie dieses Thema ansprechen kann, ohne dass die Situation eskaliert. Brigitte M. berichtet, sie habe zusammen mit ihrem Sohn dessen Schrank durchgesehen und die gesamte rechtsextreme Kleidung aussortiert. Beide einigten sich darauf, zunächst alles im Keller einzulagern. Die Klientin freute sich, dass dieses Unterfangen weitestgehend konfliktfrei verlief. Gemeinsam mit den Beratern rekapitulierte sie, was an ihrem Verhalten in dieser Situation besonders war und welche Handlungsoptionen für die Zukunft vielversprechend und deeskalierend sein könnten. Es gibt unter anderem die Möglichkeit, die Kleidung in Absprache mit dem Sohn beim Beratungsdienst abzugeben, damit sie endgültig entsorgt wird.

Der Umgang der Klientin mit der Straffälligkeit des Sohnes wird als Thema bei den weiteren Beratungen noch eine große Rolle spielen. Momentan steht noch eine Verhandlung wegen gefährlicher Körperverletzung mit rechtsextremem Hintergrund aus. Brigitte M. zieht das Zwischenfazit, dass sie die Beratung als sehr wertvoll empfindet, da sie eine zuverlässige und vertrauensvolle Anlaufstelle habe, die mit ihr in dieser schwierigen Situation konkrete Handlungsstrategien erarbeitet und ihr auch bei der Umsetzung beisteht.

06|05 Thüringer Beratungsdienst für Eltern, Kinder und Jugendliche – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt

Der Thüringer Beratungsdienst in Trägerschaft von Drudel 11 e.V. bietet thüringenweit fachliche Hilfe und Unterstützung beim Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt an. Dabei ist der Beratungsdienst gleichermaßen Ansprechpartner für betroffene Eltern und Angehörige sowie für Ausstiegswillige. Auch Institutionen können sich im Umgang mit rechtsextremer Klientel beraten lassen bzw. Unterstützung im konkreten Einzelfall erhalten.

Der Beratungsdienst bietet für Ausstiegswillige neben lebensweltorientierter Beratung zur persönlichen Situation, Problemen und Ängsten auch konkrete Ausstiegshilfen, die vorrangig die Integration in ein szenefreies Umfeld und den Arbeitsmarkt beabsichtigen und spezielle Verhaltenstrainings beinhalten. Hierbei handelt es sich um die Entwicklung individueller und selbstbestimmter Lebenspläne sowie die Förderung von schulischen und beruflichen Perspektiven. Während des gesamten Beratungsverlaufes wird durch kontinuierliches Verhaltenstraining dem vorhandenen Gewaltpotential entgegengewirkt. Ziel dabei ist, dass Ausstiegswillige eigene Verhaltensmuster und Rechtfertigungsstrategien erkennen, Stereotypen auflösen und Hemmschwellen aufbauen, um zukünftig Aggressionen besser zu kanalisieren. Außerdem unterstützt und begleitet der Beratungsdienst ressourcenorientiert die Aussteiger bei der Schaffung neuer sozialer Netzwerke. Diese sind maßgeblich entscheidend für den nachhaltigen Szeneausstieg. Bei Bedrohungen von Ausstiegswilligen durch die rechtsextreme Szene, kann ein schneller Kontakt zum Landeskriminalamt (LKA) hergestellt werden. Zudem bietet der Thüringer Beratungsdienst ein Beratungsprogramm für rechtsextreme und gewaltaffine Straftäter an, welches durch richterliche Weisung oder Auflage angeordnet werden kann.

Eltern und Angehörige, deren Kinder sich in der rechtsextremen Szene bewegen, werden vom Thüringer Beratungsdienst ermutigt und ertüchtigt, die schwierige Situation auszuhalten, zu verändern bzw. den Betroffenen beim Ausstieg unterstützend zur Seite zu stehen. Aus diesem Grund ist der

SCHNAUZE VOLL?



**Thüringer Beratungsdienst
für Eltern, Kinder und Jugendliche**
Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt



www.ausstieg-aus-gewalt.de
info@ausstieg-aus-gewalt.de

Beratungstelefon: 0 36 41 / 29 90 74

Beratungsdienst Eltern und Angehörigen ein vertrauter Ansprechpartner für die Analyse und Besprechung konkreter Situationen. Im Vordergrund steht dabei die Wertschätzung und Stärkung der Elternrolle, die Anerkennung individueller Befindlichkeiten sowie die Abklärung von Befürchtungen und Ängsten. Ziel ist es, gemeinsam mit den Eltern praktisch umsetzbare Verhaltensmaßnahmen zu erarbeiten, mit denen sie einen konsequenten und ausstiegsorientierten Umgang mit ihren Kindern pflegen können.

Der Zugang zu Ausstiegswilligen und deren Angehörigen wird über Kooperationspartner und ein Beratungstelefon hergestellt. Zu den Kooperationspartnern zählen unter anderem das LKA, das Thüringer Trainings und Bildungsprogramm, die Arbeitsagenturen, Jobcenter und Kompetenzagenturen, die Jugendämter mit den Jugendgerichtshilfen, Bewährungshilfen, Gerichte, Justizvollzugsanstalten sowie Familienberatungsstellen.

Der Beratungsdienst wird durch die GIB (Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH) und die Universität Zürich evaluiert. Der Trägerverein Drudel 11 hat langjährige Erfahrungen in den Bereichen Jugendbildung und tertiärer Prävention rechtsextremer und vorurteilsbasierter Gewalt.

Kontakt

Thüringer Beratungsdienst für Eltern, Kinder und Jugendliche – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt

Tel.: 03641 - 299074

Fax: 03641 - 357806

E-Mail: info@ausstieg-aus-gewalt.de

Internet: www.ausstieg-aus-gewalt.de

Trägerverein: Drudel 11 e.V.

Kontakt: Sebastian Jende, Vorstandsvorsitzender

Postanschrift: Schleidenstraße 19, 07745 Jena

E-Mail: s.jende@drudel11.de

Internet: www.drudel11.de

06|06 TIP – Teilnehmen, Integrieren, Partizipieren. Ausstieg durch berufliche Integration

Wie können Betriebe die Integration rechtsextremistisch aktiver, rechtsaffiner oder entsprechend gefährdeter Beschäftigter in demokratische Gesellschaftsstrukturen unterstützen? Welches Angebot muss der „Lernort Demokratie“ im Betrieb vorhalten? Die Beantwortung dieser Fragen ist der Inhalt des Projektes „TIP – Teilnehmen, Integrieren, Partizipieren. Ausstieg durch berufliche Integration“ in der Beratungstätigkeit und Fallpraxis mit verschiedenen Großbetrieben.

Dass der Bezug zur Arbeitsstätte bisher in der praktischen Beratungsarbeit zum Themenfeld „Rechtsextremismus“ unterrepräsentiert war, hat vielfältige Ursachen. Oft gab es die verkürzte Sichtweise, man habe es bei Rechtsextremismus mit einem „pädagogischen“ Problem zu tun, das den „pädagogisch Zuständigen“, sprich Schule, Sozial- und Jugendarbeit, dem Elternhaus und ggf. der Polizei oder Justiz, überantwortet werden könne.

Darüber hinaus war oftmals der Handlungsdruck für die Betriebe relativ gering, denn es gab das diffuse Deckelungsinstrument des „Betriebsfriedens“, eine oft wenig konkrete, aber aus betrieblicher Sicht effiziente Option, die implizit immer mit dem drohenden Verlust des Arbeitsplatzes verbunden war. Außerdem zeigte sich, dass selbst hochkarätige Aktivist/innen und Funktionsträger/innen rechtsextremer Organisationen innerhalb der Betriebe entsprechende rechte Aktionen, Rekrutierungs- oder Indoktrinierungsversuche unterlassen, um Arbeitsplatz oder Ausbildung nicht zu gefährden.

Der Handlungsdruck ist jedoch für die Arbeitgeber mit der zunehmenden Beliebtheit sozialer Netzwerke gewachsen. Einige Rechte veröffentlichen auf ihrem Profil „Vereinszugehörigkeit: NPD“ und nennen direkt daneben ihren Beruf und Arbeitgeber. Plötzlich waren Arbeitgeber und rechte politische Einstellung öffentlich sichtbar verbunden.

Vor diesem Hintergrund ist ein Paradigmenwechsel der betrieblichen Reaktionen eine zunehmend interessantere Option geworden. Beratungsangebote ersetzen mehr und mehr arbeitsrechtliche Schritte.

Das Angebot des Zentrums Demokratische Bildung Wolfsburg (ZDB) und der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt Braunschweig (ARUG) im Rahmen des XENOS-Projektes „TIP – Teilnehmen, Integrieren, Partizipieren. Ausstieg durch berufliche Integration“ beinhaltet die Installation eines betrieblichen Beratungsverfahrens inklusive der Zielsetzung einer Erstansprache rechtsextremistisch aktiver, affiner oder gefährdeter Beschäftigter.

Unter Nutzung der Faktoren „Arbeit“ und „Ausbildung“ wird in einem Beratungsprozess eine Handlungskette installiert, die aus folgenden Modulen besteht:

Erstansprache durch das Unternehmen: In einem persönlichen Gespräch wird der/die Beschäftigte mit den rechtsextremistischen Aktivitäten konfrontiert. Das Ziel dieses ersten Gespräches ist, dass der/die Arbeitnehmer/in seine/ihre Aktivitäten erklären muss und das Unternehmen sich deutlich dagegen positionieren kann. Dann soll die Unvereinbarkeit der Standpunkte herausgestellt und von dem/der Arbeitnehmenden gefordert werden, sich in Richtung Betriebsvereinbarung, betriebliches Leitbild und Unternehmensphilosophie zu bewegen. An dem Erstgespräch sollen Personalabteilung, Interessenvertretung, Betriebsrat bzw. Jugendvertretung und die innerbetrieblichen Beratungsstellen wie Sozialarbeit, Social Coaching, Integrations- oder Gleichstellungsmanagement beteiligt sein. Das Erstgespräch eröffnet unter Einräumung einer definierten Bedenkzeit das

Angebot einer Beratung: Eine solche Beratung wird durch die betriebliche Sozialarbeit bzw. vergleichbare betriebliche Institutionen angeboten und erfolgt in Kooperation mit dem externen Ausstiegsprojekt „TIP“. Das Verfahren wird gemeinsam mit dem Betrieb bezüglich der Einhaltung professioneller Beratungsstandards im Bereich „Rechtsextremismus“ (liegen als bundesweite Empfehlungen vor), der Wahrung der Datenschutzrechte, der Schweigepflichtvereinbarungen bzw. -entbindungen, verbindlicher Kooperations- und Austauschformen, rechtlicher und inhaltlicher Machbarkeit etc. definiert und in einer detaillierten Prozesskette dokumentiert. Die Beratung findet außerhalb der Arbeitszeit statt und kann nach Einwilligung des/der betroffenen Beschäftigten in einen kompletten, langfristigen

Prozess einer Ausstiegshilfe münden. Dieser beinhaltet die formale Loslösung von der Szene, die sich darin äußert, dass keine rechte Kleidung, Codes

oder Symbolik mehr getragen werden, keine rechte Musik mehr gehört, die szenetypischen Freizeitaktivitäten eingestellt werden, aus entsprechenden Organisationen und Cliquen ausgetreten und Straffreiheit angestrebt wird. Außerdem sollen einschlägige ideologische Wertorientierungen und Einstellungsmuster diskutiert und abgelegt sowie biographische (Selbst-)Reflexion zu Einstiegsmotivationen, subjektivem „Nutzen“ etc. angestrebt werden. Dem/der Ausstiegswilligen soll die Einbindung in neue soziale Netzwerke, Ehrenamtlichkeit etc. angeboten werden. In jedem Fall ist für die Dauer des Beratungsprozesses der

Arbeitsplatzerhalt für den Betroffenen garantiert: Somit ist eine hohe Wahrscheinlichkeit gegeben, dass der Ausstieg aus dem rechtsextremen Umfeld durch betriebliche Integration erfolgt und nicht durch eine rein arbeitsrechtliche „Lösung“ ersetzt wird. In jedem Fall ist aber auch eine arbeitsrechtliche Einschätzung der Problemlage ein Teil des Beratungsangebotes an den Betrieb, da in der Praxis die Erwartung an rechtliche Möglichkeiten überhöht ist. Dies ist in der Regel dann problematisch, wenn keine innerbetrieblichen Aktionen herangezogen werden können oder ausdrücklich und nachweislich auch an der „charakterlichen Entwicklung“ des/der Beschäftigten gearbeitet werden muss, was insbesondere bei Auszubildenden der Fall ist.

Neben der konkreten Fallbearbeitung ist ein begleitender Maßnahmenkatalog Bestandteil des Beratungs- bzw. Coachingangebotes an den Betrieb. Ziel ist dabei die Schaffung bzw. Stärkung einer Betriebskultur mit der **Entwicklung betrieblicher Präventionsebenen** zur Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Implementierung entsprechender Strukturen gewährleistet langfristig wirkungsvolle und vor allem nachhaltige „Selbstheilungskräfte“ für das Unternehmen. Konkrete Maßnahmen sind beispielsweise:

Formulierung und Installation von Betriebsvereinbarungen, die allen Beschäftigten und auch Fremdunternehmen (!) als Positionierung des Unternehmens zur Kenntnis gegeben werden,

Qualifizierung betrieblicher Signalgeber/innen aus Personalabteilung, Interessenvertretung und betrieblicher Sozialarbeit,

Kooperationsvereinbarungen mit externer Beratung zum Thema Rechtsextremismus,

Fortbildungsmodule für Ausbilder/innen, Jugendvertretung u.a. mit Schwerpunkt „Rechtsextremismus erkennen“

Angebote politischer Bildung als Bausteine in der Lehrlingsausbildung oder im Rahmen von Bildungsurlaubsseminaren,

Eventangebote, Ausstellungen, Kooperationen mit außerbetrieblichen sozialen Projekten, Übernahme von Patenschaften, internationale Begegnungen etc.,

Historische Bildungsarbeit, Gedenkstättenbesuche,

Internationale Projekte des Gesamtkonzerns,

Förderung des Ehrenamtes,

Projekte der Auszubildenden, z.B. Einrichtung eines sozialen Netzwerks „Auszubildende für Demokratie“,

Implementierung von Angeboten zu interkultureller Kompetenz, Diversity Management,

Belieferung durch einen Artikeldienst für die Betriebszeitung,

Angebot der zuständigen Berufsbildenden Schulen zur Begleitung als „Schule ohne Rassismus“.

Das dem Projekt zugrundeliegende Beratungsangebot ist bereits in verschiedenen Betrieben vorgestellt und in mehreren Fällen konkret praktiziert und erfolgreich durchgeführt worden. Gleiches gilt für sämtliche Bestandteile des begleitenden präventiven Angebots.

„Dabei ist aber auch zu fragen, ob die Beschränkung der Ausbildung auf berufliche Fertigkeiten heute noch ausreichend ist. Was von den Arbeitenden über die technische Qualifikation hinaus verlangt wird, sind Kompetenzen, die der Persönlichkeitsbildung angehören, z.B.: Team- und Konfliktfähigkeit; die Fähigkeit zum Umgang mit Unsicherheit; eine Lernmotivation, die sich auch über berufliche Brüche hinaus erhält; eine Mobilitätsbereitschaft, die dem Einzelnen abverlangt, sich aus lokalen und familialen Bindungen zu lösen. All diese Eigenschaften werden nicht durch fachliches Lernen, sondern durch moralisches Lernen erworben. Wo aber sind die Lernorte, die solche Kompetenzen vermitteln?“

(Steil, A./Panke, M. (Hg.): Betriebsnahe Bildungsarbeit und moralisches Lernen. Angebote für Lehrende und Lernende in Berufsschulen und Betrieben, Berlin/Flecken Zechlin 2001, S. 7)

Die Evaluation als Blick von außen

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat die GIB - Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH, Berlin beauftragt das XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ zu evaluieren. Ziel ist es, mit Hilfe der Evaluation nach erfolgversprechenden Ansätzen zu suchen, inwieweit Strategien der arbeitsmarktbezogenen Integrationspolitik die Ausstiegsarbeit unterstützen können.

Ziele und Aufgaben der Evaluation

Mit dem XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ wird Neuland betreten. Erstmals werden in einem Bundesprogramm gezielt Elemente der Ausstiegsarbeit aus dem Rechtsextremismus mit aktiver Arbeitsmarktintegration verbunden. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass Studien zu Ausstiegsprozessen aus dem Rechtsextremismus zeigen, dass Schule, Ausbildung und Beruf eine entscheidende Rolle beim Ablösungsprozess von der Szene spielen. Zugehörigkeit und gesellschaftliche Teilhabe werden maßgeblich von der Einbindung in die Arbeitswelt bestimmt. Für die Ausstiegswilligen kann die Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit deshalb zu einem Gefühl sozialer Akzeptanz und Wertschätzung führen und infolge dessen zu einer Normalisierung ihrer Lebensführung.¹

Aber wie funktioniert das Zusammenspiel von Ausstiegsarbeit und Arbeitsmarktintegration?

Welche Ansätze gibt es, die beiden Elemente stärker miteinander zu verzahnen?

Wie kann einerseits die Arbeitsmarktkomponente in der Ausstiegsarbeit stärker berücksichtigt werden und ist das zielführend?

¹ Vgl. K. Möller/ N. Schuhmacher 2007: Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge- Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Wie kann andererseits bei der Arbeit mit Menschen, die Probleme auf dem Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt haben, die Prävention gegen Rechtsextremismus ihren Platz bekommen?

Und wie können solche Ansätze praktisch umgesetzt werden?

Auf diese Fragen gab es bislang kaum eine Antwort, da zum einen über die bisherigen Projekte und Initiativen, die sich mit Ausstiegsarbeit beschäftigt haben, nur sehr wenige Evaluationsergebnisse vorliegen². Zum anderen ist die Verknüpfung von Ausstiegsarbeit und Arbeitsmarktintegration bisher kaum erforscht. Das XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ hat es den Projektträgern ermöglicht, mit verschiedenen Ideen zu experimentieren und Lösungen für die zuvor gestellten Fragen zu entwickeln. Dabei wurden ganz bewusst nicht nur Träger einbezogen, die schon umfangreiche Erfahrung mit der Ausstiegsarbeit hatten. Es sollten vielmehr auch Träger eingeladen werden, sich am Wettbewerb der Ideen zu beteiligen und Engagement im Bereich Ausstiegsarbeit zu entwickeln, die sich vorher noch nicht oder wenig mit dem Themenfeld beschäftigt hatten.

Experimentieren ist aber nur dann zielführend, wenn die Ergebnisse protokolliert werden, wenn gute Praxis aufgespürt und für die zukünftige Arbeit aufbereitet wird. Dies ist die Aufgabe der Evaluation. Wichtig ist es dabei, erst einmal die verschiedenen Ansätze zu analysieren und zu verstehen, was sie von früheren Herangehensweisen unterscheidet. Anschließend muss untersucht und diskutiert werden, welche Strategien erfolgreich waren, welche sich nicht bewährt haben und was daraus für die Zukunft abgeleitet werden kann.

Für das XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ stehen für den Zeitraum 2009 bis 2014 bundesweit etwa 9 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung. In Anbetracht der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die der Kampf gegen den Rechtsextremismus darstellt, ist dies ein bescheidenes Budget. Umso wichtiger ist es, dass mit dem Sonderprogramm tatsächlich tragfähige Modelle und Ansätze entwickelt werden, die in der Zukunft breiter angewendet werden können.

² Vgl. P. Rieker (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Juventa Verlag. Weinheim und München.

Ansatz der Evaluation

Entsprechend der Zielsetzung des Programms bietet sich eine qualitative Herangehensweise an. Dies wird in der Evaluation umgesetzt, indem jedes Projekt individuell betrachtet wird. Das geschieht im Rahmen von ein bis zwei Vor-Ort-Besuchen und zwischenzeitlichen qualitativen telefonischen Interviews. Außerdem setzt sich das Evaluationsteam mit den Rahmenbedingungen in der Projektregion auseinander.

In regelmäßigen Abständen erhebt die Evaluation auch quantitative Parameter wie die Zahl der in Arbeit integrierten Programmteilnehmenden. Eines ist jedoch jetzt schon ersichtlich: Das breite Spektrum der Projektansätze erlaubt es kaum, quantitative Indikatoren heranzuziehen, die sich für einen Vergleich der Projekte oder eine Erfolgsbewertung eignen. Ein Teilnehmender ist in diesem Programm nicht einfach ein Teilnehmender - es gibt erhebliche Unterschiede im Grad der Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene und im Ausmaß individueller Problemlagen. Hauptziel der Projekte ist die emotionale und ideologische Lösung von der rechtsextremen Szene, die auch nach dem Ende der Betreuung trägt. Das wiederum erfordert eine ganz unterschiedliche Intensität der Betreuung. Die ganzheitliche Betrachtung der Lebenssituation der Teilnehmenden bedeutet auch, dass die Integration in Ausbildung und Arbeit unterschiedlich stark gewichtet wird. Teilweise sind die ausstiegswilligen Personen bereits in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert. In anderen Fällen müssen vor der Integration in den Arbeitsmarkt verschiedene Hürden beseitigt werden, wie z.B. Suchtprobleme, Schulden oder Strafverfahren.

Erste Ergebnisse

Noch ist die Evaluation nicht abgeschlossen und es wäre zu früh, eine Bewertung der Projektstrategien vorzunehmen. Einige erste Ergebnisse liegen aber bereits vor:

Breites Spektrum an Strategien

Der Modellcharakter des Programms bedingt, dass das Spektrum der Strategien sehr breit ist. Es reicht von intensiver Einzelfallarbeit mit ausstiegswilligen Personen bis zu präventionsorientierten Ansätzen in der berufs- und arbeitsmarktorientierten Arbeit mit jungen Erwachsenen.

Bei der Einzelfallarbeit mit Ausstiegswilligen stehen meist Menschen im Vordergrund, die nicht nur „Mitläufer“ waren, sondern in der rechtsextremen Szene eine aktive Rolle eingenommen haben. Die Arbeit mit diesen Menschen ist intensiv und herausfordernd, die Zahl der Problemlagen häufig hoch und bis die Betreuung einer Person ihren Abschluss gefunden hat, vergehen oft Jahre. Die Unterstützungsleistungen umfassen z.B. intensive politische Gespräche und Diskussionen, Aufklärungsarbeit durch Exkursionen, das Lösen persönlicher Probleme gesundheitlicher oder familiärer Art, Hilfe bei der Wohnungssuche, Trainings wie Anti-Agressionstrainings, Stärken-Schwächen-Analysen, Hilfe bei der Ausbildungs- und Arbeitssuche, etc.

Die Evaluation steht hier vor der Herausforderung, Strategien zu bewerten, deren Wirksamkeit sich häufig erst nach mehreren Jahren zeigt.

Andere Projekte verknüpfen eine berufs- und arbeitsmarktorientierte Arbeit mit präventiven Ansätzen. Sie versuchen, das Abrutschen von jungen Menschen in die rechtsextreme Szene zu verhindern. Dabei wird meist neben Einzelfallarbeit auch Gruppenarbeit angeboten. Das Spektrum reicht von bildungspolitischen Schulungen/Workshops (z.B. für Auszubildende in Betrieben, Schülerinnen und Schüler oder andere Jugendlichengruppen) in der Kombination mit Bewerbungsinformationen und -trainings bis hin zu erlebnispädagogischen Maßnahmen. Häufig besteht das Ziel darin, über ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Angebote den Erstkontakt zu den jungen Menschen herzustellen. In der anschließenden Arbeit nimmt die Auseinandersetzung mit Stereotypen, z.B. der Zuweisung von Schuld für die eigene Arbeitslosigkeit an „die Ausländer“, eine große Rolle ein.

Gemeinsam ist vielen Projekten, dass ein **Schwerpunkt auf die Sensibilisierung und Gewinnung von Multiplikatoren in der Region** gelegt wird. So werden in Schulen, Behörden oder bei Bildungsträgern Schulungen oder Beratungen angeboten. Dabei geht es u.a. um die Bedingungen von Ein- und Ausstiegen in bzw. aus der rechten Szene und um Interventionsmöglichkeiten.

Zahlreiche Herausforderungen

So wie im Projektkonzept geplant, verläuft die Arbeit nicht überall. Das ist aber kein Fehler der Projekte, sondern eine notwendige Folge der Tatsache,

dass viele Projektträger Strategien umsetzen, die noch niemand erprobt hat. Das wiederum ist im Sinne des Programms.

Die Herausforderungen sind vielfältig: Mal lässt sich die Kooperation mit dem Jobcenter nicht so umsetzen wie gedacht, mal gelingt es kaum, qualifizierte Mitarbeitende für das Projekt zu gewinnen, die bereit sind, in ländlichen Regionen zu arbeiten. In anderen Fällen sind es rechtliche Rahmenbedingungen, die die Projektarbeit mit arbeitslosen Jugendlichen erschweren. In vielen Fällen gelingt der Zugang zu ausstiegswilligen Personen erst, nachdem Kooperationen mit Netzwerkpartnern etabliert worden sind, die häufig erst einmal zögerlich sind und nicht wissen, was ihnen das Projekt bringen soll. Diese und andere Hürden wurden und werden in den Projekten bearbeitet und häufig überwunden. Die Erfahrungen, die dabei entstehen, sind von großem Wert für zukünftige Ausstiegsarbeit.

Produktiver Austausch der Projekte untereinander

Dem Projekt „Internationale Vernetzung der ausstiegsorientierten Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt im Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ eine besondere Rolle zu. Es fördert den Austausch der Projekte untereinander und unterstützt eine fachliche Vernetzung der Träger. Bereits jetzt ist erkennbar, dass dies gut gelungen ist. Aus den Projektverantwortlichen ist eine Gruppe geworden, die engagiert miteinander diskutiert, Ideen und Strategien austauscht und aktiv zusammenarbeitet, sowohl bei der Erarbeitung von Konzepten als auch bei der Betreuung einzelner Teilnehmender.

Nachhaltigkeit sichern ist schwierig

Die dreijährige Laufzeit aller Projekte wird noch einmal um ein viertes Jahr verlängert. Dennoch ist die Frage nach der Finanzierung nach dem Ende des Sonderprogramms 2014 für die meisten Projekte noch nicht gelöst. Aufgrund der hohen politischen Notwendigkeit muss die begonnene Arbeit auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene weiter stattfinden, insbesondere um die Nachhaltigkeit der über viele Monate und Jahre aufgebauten Netzwerke und Zugangswege zu Ausstiegswilligen zu sichern. In vielen Fällen müssen Unterstützer für diese Arbeit erst noch gewonnen werden.

Kontaktdaten

Projekt „Szenenwechsel“

Trägerverein: Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e.V.

Kontakt; DemokratieLaden Anklam c/o Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e.V.

Burgstraße 9

17389 Anklam

Tel.: 03971 - 241736

Fax: 03971 - 241759

E-Mail: info@demokratisches-ostvorpommern.de

Internet: www.demokratisches-ostvorpommern.de

Kooperationspartner: Kreisdiakonisches Werk Greifswald-Ostvorpommern e.V.

Bugenhagenstraße 1–3

17489 Greifswald

Tel.: 03834 - 30 46

Fax: 03834 - 88 57 22

E-Mail: szene@kdw-greifswald.de

Internet: www.kdw-greifswald.de

Projekt „Raus aus der Einbahnstraße“

Projektträger: publicata e.V.

Anschrift (Projektträger und Projekt): publicata e.V.

„Raus aus der Einbahnstraße“

Bornitzstraße 101

10365 Berlin

Ansprechpartner: Wolfgang Spenke

Tel.: 030 - 55155823

Fax: 030 - 47130 21

E-Mail: xenos@publicata.de

Internet: www.publicata.de

Projekt „Neue Lebenswege – Soziale Integration und Toleranz durch berufliche Mobilität“

Internationaler Bund Verbund Sachsen Einrichtung Hirschfelde

Flachsspinnereistraße 5
02763 Zittau-Hirschfelde
Frau Thiemann (Programmgeschäftsführerin)
Tel.: 035874-276-0
Fax: 035843-27623
E-Mail: BZ-Hirschfelde@internationaler-bund.de
Internet: www.internationaler-bund.de

Projekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“

Hölderlinstraße 1–5
65187 Wiesbaden
Tel.: 0611-8344-80
E-Mail: kontakt@rote-linie.net
Internet: www.rote-linie.net

Projekt „ISA – Integration“

Europazentrum Brandenburg-Berlin des eRFV e.V.

TGZ 8b
16278 Pinnow
Internet: www.europazentrumbb.de

Projekt „JUMP!, CJD Waren (Müritz)“

Kontaktstelle Mecklenburg-Vorpommern:

Otto-Intze-Straße 1
17192 Waren (Müritz)
Tel.: 03991-6732-19
Fax: 03991-6732-15
E-Mail: waren@projekt-jump.de
Internet: www.projekt-jump.de

Und

Projekt „JUMP!, CJD Elze“

Kontaktstelle Landkreis Hildesheim:

Bahnhofstraße 43
31008 Elze
Tel.: 05068-93108-16
Fax: 05068-93108-14
E-Mail: elze@projekt-jump.de
Internet: www.projekt-jump.de

Projekt „hercules pro“

Verein für Arbeitsmarktintegration und Berufsförderung – AIB – e.V.

Zum Jagenstein 3
14478 Potsdam
Ansprechpartner: Thomas Rübener
Tel./Fax: 0331-200 29-60/ -69
E-Mail: info@verein-aib.de
Internet: www.verein-aib.de

Projekt „EXIT-Deutschland“

Träger: ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Postfach 76 01 12
10382 Berlin
E-Mail: info@exit-deutschland.de
Internet: www.exit-deutschland.de

Projekt „NinA“

RE/init e.V.

Postanschrift: Am Steintor, 345657 Recklinghausen
Leitung: Gerd Specht (Projektleitung)
Tel.: 02361-3021-150
Fax: 02361 3021 444
E-Mail: nina.recklinghausen@reinit.de
Internet: www.ausstieg-zum-einstieg.de

Projekt „Rückwege“

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz
Abt. Landesjugendamt

E-Mail: rueckwege@lsjv.rlp.de

Hotline (kostenlos und anonym): 0800 / 4546000

Projekt „Thüringer Beratungsdienst für Eltern, Kinder und Jugendliche – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt“

Tel.: 03641 - 299074

Fax: 03641 - 357806

E-Mail: info@ausstieg-aus-gewalt.de

Internet: www.ausstieg-aus-gewalt.de

Trägerverein: Drudel 11 e.V.

Kontakt: Sebastian Jende, Vorstandsvorsitzender

Schleidenstraße 19

07745 Jena

E-Mail: s.jende@drudel11.de

Internet: www.drudel11.de

Projekt „TIP - Teilnehmen, Integrieren, Partizipieren! Ausstieg durch Integration“

Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG)
c/o. Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen

Bohlweg 55

38100 Braunschweig

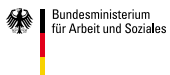
Tel.: 0531 - 12336 - 42

Fax: 0531 - 12336 - 35

E-Mail: info@arug.de

Internet: www.arug.de

Diese Publikation wird gefördert durch:



ISBN 978-3-86498-289-7